

Hinweis zu Verfahrensgarantien

Letzte Aktualisierung: 16.10.18

Hinweis: Dieses Dokument wurde aktualisiert, um den Standards des Michigan Bildungsministerium für Barrierefreiheit zu entsprechen. Weitere inhaltliche Änderungen wurden nicht vorgenommen.



Michigan Bildungsministerium
Amt für Sonderpädagogik



Staatliche Bildungsbehörde

Casandra E. Ulbrich, Ko-Präsidentin
Richard Zeile Ko-Präsident
Michelle Fecteau, Schriftführerin
Tom McMillin, Schatzmeister
Nikki Snyder, NASBE-Delegierte
Pamela Pugh
Lupe Ramos-Montigny
Eileen Lappin Weiser

Ex-Officio

Rick Snyder, Gouverneur
Sheila A. Alles, Interims-Staatsinspektorin



Michigan Bildungsministerium (MDE)

Office of Special Education
608 West Allegan Street
P.O. Box 30008
Lansing, MI 48909
517-241-7075
[MDE-Website](http://www.michigan.gov/mde) (www.michigan.gov/mde)

Das Bildungsgesetz für Menschen mit Behinderungen (IDEA), dem Bundesgesetz über die Ausbildung von Schülern mit Behinderungen, verlangt von Schulen, dass sie Eltern eines behinderten Kindes eine Mitteilung mit einer vollständigen Erläuterung der Verfahrensgarantien zur Verfügung stellen, die im Rahmen der IDEA und der Vorschriften des US-Bildungsministeriums verfügbar sind. Eine Kopie dieser Mitteilung muss den Eltern nur einmal pro Schuljahr ausgehändigt werden, mit der Ausnahme, dass den Eltern eine Kopie ausgehändigt werden muss: (1) auf erste Überweisung oder auf Antrag der Eltern zur Bewertung; (2) nach Erhalt der ersten staatlichen Beschwerde gemäß 34 CFR §§ 300.151 bis 300.153 und nach Erhalt der ersten ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde gemäß § 300.507 in einem Schuljahr; (3) wenn eine Entscheidung getroffen wird, eine Disziplinarmaßnahme zu ergreifen, die einen Wechsel des Studienplatzes darstellt; und (4) auf Antrag der Eltern. [34 CFR § 300.504(a)]

Diese Mitteilung über Verfahrensgarantien muss eine vollständige Erläuterung aller Verfahrensgarantien enthalten, die unter § 300.148 (einseitige Vermittlung an eine Privatschule auf öffentliche Kosten), §§ 300.151 bis 300.153 (staatliche Beschwerdeverfahren), § 300.300 (Zustimmung), §§ 300.502 bis 300.503, §§ 300.505 bis 300.518 und §§ 300.530 bis 300.536 (Verfahrensgarantien in Unterabschnitt E der Teil-B-Verordnungen) und §§ 300.610 bis 300.625 (Vertraulichkeit von Informationsbestimmungen in Unterabschnitt F) verfügbar sind.

Die folgenden Akronyme werden in diesem Dokument verwendet:

ALJ	Verwaltungsrichter
BIP	Verhaltensinterventionsplan
FAPE	Kostenlose angemessene öffentliche Bildung
FERPA	Gesetz über Familienerziehungsrechte und Datenschutz
FBA	Funktionelle Verhaltensbewertung
IDEA	Bildungsgesetz für Menschen mit Behinderungen
IEE	Unabhängige Bildungsbewertung
IEP	Individualisiertes Bildungsprogramm
MDE	Michigan Bildungsministerium
OSE	Amt für Sonderpädagogik
SOAHR	Landesamt für Verhandlung und Geschäftsordnung

Inhaltsverzeichnis

Hinweis zu Verfahrensgarantien	11
Allgemeine Informationen	11
Vorherige schriftliche Mitteilung.....	11
34 CFR § 300.503	11
Hinweis.....	11
Inhalt der Mitteilung	11
Nutzung des individualisierten Bildungsprogramms als Hinweis	12
Hinweis in verständlicher Sprache	12
Muttersprache	12
34 CFR § 300.29	12
Elektronische Post.....	13
34 CFR § 300.505	13
Einwilligung der Eltern - Definition	13
34 CFR § 300.9	13
Zustimmung	13
Zustimmung der Eltern	13
34 CFR § 300.300	13
Zustimmung zur Erstbeurteilung	13
Sonderregelungen für die Erstbewertung von Bezirken des Staates.....	14
Einverständniserklärung der Eltern für Dienstleistungen.....	15
Widerruf der elterlichen Zustimmung	15
Zustimmung der Eltern zu Neubewertungen.....	16
Dokumentation angemessener Bemühungen, die Zustimmung der Eltern einzuholen.....	16
Sonstige Zustimmungserfordernisse	17
Unabhängige Bildungsbewertungen.....	17

34 CFR § 300.502	17
Allgemein	17
Begriffsbestimmungen	17
Elternrecht auf Bewertung auf öffentliche Kosten	18
Von den Eltern initiierte Bewertungen	18
Begutachtungsersuchen eines Verwaltungsrichters	19
Schulbezirkskriterien	19
Vertraulichkeit von Informationen	19
Begriffsbestimmungen	19
34 CFR § 300.611	19
Persönlich identifizierbare Informationen	20
34 CFR § 300.32	20
Mitteilung an die Eltern	20
34 CFR § 300.612	20
Zugriffsrechte	21
34 CFR § 300.613	21
Zugangsnachweis	21
34 CFR § 300.614	21
Aufzeichnungen über mehr als ein Kind	21
34 CFR § 300.615	21
Liste der Arten und Orte von Informationen	22
34 CFR § 300.616	22
Gebühren	22
34 CFR § 300.617	22
Änderung von Aufzeichnungen auf Antrag der Eltern	22
34 CFR § 300.618	22
Möglichkeit einer Anhörung	22
34 CFR § 300.619	22

Anhörungsverfahren	23
34 CFR §300.621	23
Ergebnis der Anhörung	23
34 CFR §300.620	23
Zustimmung zur Offenlegung personenbezogener Daten	23
34 CFR §300.622	23
Schutzmaßnahmen	24
34 CFR §300.623	24
Vernichtung von Informationen	24
34 CFR §300.624	24
Studentenrechte	25
34 CFR §300.625	25
Mediation	25
Mediation	25
34 CFR §300.506	25
Allgemein	25
Anforderungen	25
Unparteilichkeit des Mediators	26
Staatliche Beschwerdeverfahren	28
Unterschied zwischen einer ordnungsgemäßen Anhörungsbeschwerde und staatlichen Beschwerdeverfahren.....	28
Verabschiedung staatlicher Beschwerdeverfahren.....	28
34 CFR §300.151	28
Allgemein	28
Abhilfemaßnahmen bei Verweigerung geeigneter Dienstleistungen	29
Minimale staatliche Beschwerdeverfahren	29
34 CFR §300.152	29
Frist; Mindestverfahren	29

Zeitverlängerung; endgültige Entscheidung; Umsetzung	29
Staatliche Beschwerden und ordnungsgemäße Prozessbeschwerde	30
Einreichung einer staatlichen Beschwerde	30
34 CFR §300.153	30
Verfahren für eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde.....	32
Einreichung einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde.....	32
34 CFR § 300.507	32
Allgemein.....	32
Informationen für Eltern	32
Ordnungsgemäße Prozessbeschwerde	32
34 CFR § 300.508	32
Allgemein.....	32
Inhalt der Beschwerde.....	33
Erforderliche Benachrichtigung vor einer Anhörung zu einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde.....	33
Ausreichende Beschwerde.....	33
Beschwerdeänderung	33
Antwort des Schulbezirks auf eine Beschwerde über eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde.....	34
Reaktion der anderen Partei auf eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde	34
Modellformulare.....	35
34 CFR § 300.509	35
Die Unterbringung des Kindes während der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde und Anhörung sind anstehend.....	35
34 CFR § 300.518	35
Lösungsverfahren	36
34 CFR § 300.510	36

Beschlussfassung	36
Lösungszeitraum	36
Anpassungen an die 30-Kalendertage-Lösungsfrist.....	37
Schriftliche Vergleichsvereinbarung	37
Vereinbarungsüberprüfungszeitraum	38
Anhörungen zu ordnungsgemäßen Prozessbeschwerden.....	39
Unparteiische ordnungsgemäße Anhörung.....	39
34 CFR § 300.511	39
Allgemein.....	39
Unparteiischer Verwaltungsrichter	39
Gegenstand der ordnungsgemäßen Anhörung	39
Zeitraumen für die Beantragung einer Anhörung.....	39
Ausnahmen vom Zeitrahmen.....	40
Anhörungsrechte	40
34 CFR § 300.512	40
Allgemein.....	40
Zusätzliche Offenlegung von Informationen	40
Elternrechte bei Anhörungen	40
Anhörungsentscheidungen.....	41
34 CFR § 300.513	41
Entscheidung des Verwaltungsgerichts	41
Bauklausel.....	41
Gesonderter Antrag auf ordnungsgemäße Anhörung.....	41
Feststellungen und Entscheidung an Beirat und Öffentlichkeit	41
Einsprüche	42
Endgültigkeit der Entscheidung; Einspruch; unparteiische Überprüfung.....	42
34 CFR § 300.514	42

Finalität der Anhörungsentscheidung	42
Zeitrahmen und Zweckmäßigkeit der Anhörungen	42
34 CFR § 300.515	42
Zivilklagen, einschließlich der Frist für die Einreichung dieser Klagen	42
34 CFR § 300.516	42
Allgemein	42
Zeitliche Begrenzung.....	43
Zusätzliche Verfahren.....	43
Zuständigkeit der Amtsgerichte	43
Auslegungsregel.....	43
Anwaltshonorare.....	43
34 CFR § 300.517	43
Allgemein	43
Vergabe von Gebühren	44
Verfahren zur Disziplinierung von Kindern mit Behinderungen.....	46
Autorität des Schulpersonals.....	46
34 CFR § 300.530	46
Einzelfallermittlung	46
Allgemein.....	46
Zusätzliche Befugnis	46
Dienstleistungen.....	47
Bestimmung der Manifestation.....	47
Feststellung, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war	48
Besondere Umstände	48
Begriffsbestimmungen.....	49
Benachrichtigung	49

Wechsel des Studienplatzes aufgrund disziplinarischer Verweise	49
34 CFR § 300.536	49
Festlegung der Einstellung.....	50
34 CFR § 300.531	50
Einspruch	50
34 CFR § 300.532	50
Allgemein.....	50
Befugnis eines Verwaltungsrichters.....	51
Unterbringung während des Einspruchs	52
34 CFR § 300.533	52
Schutz für Kinder, die noch nicht für Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen in Frage kommen	52
34 CFR § 300.534	52
Allgemein.....	52
Wissensgrundlage für Disziplinarangelegenheiten	52
Ausnahme.....	53
Bedingungen, die gelten, wenn keine Wissensgrundlage besteht	53
Verweisung an und Maßnahmen von Strafverfolgungs- und Justizbehörden ...	53
34 CFR § 300.535	53
Übermittlung von Aufzeichnungen	54
Voraussetzungen für die einseitige Unterbringung von Kindern in Privatschulen auf öffentliche Kosten durch Eltern	55
Allgemein	55
34 CFR § 300.148	55
Kostenerstattung für Privatschulpraktikum.....	55
Erstattungsbeschränkung.....	55
Übertragung der elterlichen Rechte bei Vollendung der Volljährigkeit.....	56
34 CFR § 300.520	56

Anlage A – Bundesdefinitionen.....	57
Schwere Körperverletzung.....	57
18 USC 1365(h)	57
Waffe	57

Hinweis zu Verfahrensgarantien

Allgemeine Informationen

Vorherige schriftliche Mitteilung

34 CFR § 300.503

Hinweis

Ihr Schulbezirk (der Begriff „Schulbezirk“, wie in dieser Mitteilung verwendet, umfasst eine öffentliche Schulakademie) muss Sie schriftlich benachrichtigen (Ihnen bestimmte Informationen schriftlich zukommen lassen), wenn dieser:

1. Beabsichtigt, die Identifizierung, Bewertung oder Vermittlung Ihres Kindes oder die Bereitstellung einer kostenlosen angemessenen öffentlichen Bildung (FAPE) für Ihr Kind zu initiieren oder zu ändern; oder
2. Sich verweigert, die Identifizierung, Bewertung oder pädagogische Unterbringung Ihres Kindes oder die Bereitstellung von FAPE für Ihr Kind einzuleiten oder zu ändern.

Inhalt der Mitteilung

Die schriftliche Mitteilung muss:

1. Die Maßnahme beschreiben, die Ihr Schulbezirk vorschlägt oder ablehnt;
2. Erklären, warum Ihr Schulbezirk die Maßnahme vorschlägt oder ablehnt;
3. Jedes Bewertungsverfahren, jede Bewertung, Aufzeichnung oder jeden Bericht beschreiben, die Ihr Schulbezirk bei der Entscheidung, die Maßnahme vorzuschlagen oder abzulehnen, verwendet hat;
4. Eine Erklärung enthalten, dass Sie über Schutzmaßnahmen gemäß den Bestimmungen zu Verfahrensgarantien in Teil B der IDEA verfügen;
5. Ihnen sagen, wie Sie eine Beschreibung der Verfahrensgarantien erhalten können, wenn die Maßnahme, die Ihr Schulbezirk vorschlägt oder ablehnt, keine anfängliche Empfehlung zur Bewertung ist;

6. Ressourcen enthalten, an die Sie sich wenden können, um Teil B des IDEA zu verstehen;
7. Alle anderen Entscheidungen beschreiben, die das Team des individualisierten Bildungsprogramms (IEP) Ihres Kindes in Betracht gezogen hat, und die Gründe, warum diese Entscheidungen abgelehnt wurden; und
8. Eine Beschreibung anderer Gründe angeben, warum Ihr Schulbezirk die Klage vorgeschlagen oder abgelehnt hat.

Nutzung des individualisierten Bildungsprogramms als Hinweis

Eine öffentliche Stelle kann das IEP als Teil der vorherigen schriftlichen Mitteilung verwenden, solange das/die Dokument(e), das/die der Elternteil erhält, alle Anforderungen in § 300.503 erfüllt/erfüllen.

Hinweis in verständlicher Sprache

Der Bescheid muss enthalten:

1. Eine für die Allgemeinheit verständliche Sprache; und
2. In Ihrer Muttersprache oder einer anderen von Ihnen verwendeten Kommunikationsart zur Verfügung gestellt werden, es sei denn, dies ist eindeutig nicht machbar.

Wenn Ihre Muttersprache oder eine andere Art der Kommunikation keine Schriftsprache ist, muss Ihr Schulbezirk sicherstellen, dass:

1. Die Mitteilung für Sie mündlich auf andere Weise in Ihre Muttersprache oder eine andere Kommunikationsart übersetzt wird;
2. Sie den Inhalt der Mitteilung verstehen; und
3. Es liegen schriftliche Nachweise vor, dass 1 und 2 erfüllt sind.

Muttersprache

34 CFR § 300.29

Muttersprache, wenn sie mit einer Person verwendet wird, die nur über begrenzte Englischkenntnisse verfügt, bedeutet Folgendes:

1. Die Sprache, die normalerweise von dieser Person verwendet wird, oder, im Falle eines Kindes, die Sprache, die normalerweise von den Eltern des Kindes verwendet wird;
2. Bei jedem direkten Kontakt mit einem Kind (einschließlich der Bewertung des Kindes) die Sprache, die das Kind normalerweise zu Hause oder in der Lernumgebung verwendet.

Für eine Person mit Taubheit oder Blindheit oder für eine Person ohne Schriftsprache ist die Art der Kommunikation die, die die Person normalerweise verwendet (wie Gebärdensprache, Brailleschrift oder mündliche Kommunikation).

Elektronische Post

34 CFR § 300.505

Wenn Ihr Schulbezirk Eltern die Möglichkeit bietet, Dokumente per E-Mail zu erhalten, können Sie Folgendes per E-Mail erhalten:

1. Vorherige schriftliche Mitteilung;
2. Hinweis zu Verfahrensgarantien; und
3. Mitteilungen im Zusammenhang mit einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde.

Einwilligung der Eltern - Definition

34 CFR § 300.9

Zustimmung

Zustimmung bedeutet:

1. Sie wurden in Ihrer Muttersprache oder einer anderen Kommunikationsart (z. B. Gebärdensprache, Brailleschrift oder mündliche Kommunikation) vollständig über alle Informationen über die Handlung informiert, für die Sie Ihre Zustimmung erteilen.
2. Sie verstehen und stimmen dieser Handlung schriftlich zu, und die Zustimmung beschreibt diese Handlung und listet die Aufzeichnungen (falls vorhanden) auf, die veröffentlicht werden und an wen; und
3. Sie verstehen, dass die Zustimmung Ihrerseits freiwillig ist und Sie Ihre Zustimmung jederzeit widerrufen können.

Durch Ihren Widerruf der Zustimmung wird eine Handlung, die nach Ihrer Zustimmung und vor Ihrem Widerruf erfolgt ist, nicht negiert (rückgängig gemacht).

Zustimmung der Eltern

34 CFR § 300.300

Zustimmung zur Erstbeurteilung

Ihr Schulbezirk kann keine erste Bewertung Ihres Kindes durchführen, um festzustellen, ob Ihr Kind gemäß Teil B der IDEA für den Erhalt von Sonderpädagogik und damit verbundenen Dienstleistungen in Frage kommt, ohne Sie zuvor schriftlich über die vorgeschlagene Maßnahme zu informieren und ohne Ihre Zustimmung einzuholen, wie unter der Überschrift **Elterliche Zustimmung – Definition** beschrieben.

Ihr Schulbezirk muss angemessene Anstrengungen unternehmen, um Ihre Zustimmung nach Aufklärung für eine erste Bewertung einzuholen, um zu entscheiden, ob Ihr Kind ein Kind mit einer Behinderung ist.

Ihre Zustimmung zur Erstbewertung bedeutet *nicht*, dass Sie auch Ihre Zustimmung erteilt haben, dass der Schulbezirk mit der Bereitstellung von Sonderpädagogik und damit verbundenen Dienstleistungen für Ihr Kind beginnt.

Wenn Ihr Kind an einer öffentlichen Schule eingeschrieben ist oder Sie beabsichtigen, Ihr Kind an einer öffentlichen Schule anzumelden, und Sie die Zustimmung verweigert haben oder auf eine Aufforderung zur Zustimmung zu einer ersten Bewertung nicht reagiert haben, kann Ihr Schulbezirk versuchen, eine erste Bewertung Ihres Kindes durchzuführen, indem er die Mediation oder ordnungsgemäße Prozessbeschwerde, Beschlussfassung und unparteiische Anhörungsverfahren des Gesetzes in Anspruch nimmt, ist jedoch nicht dazu verpflichtet. Ihr Schulbezirk wird nicht gegen seine Verpflichtungen verstoßen, Ihr Kind ausfindig zu machen, zu identifizieren und zu bewerten, wenn es unter diesen Umständen keine Bewertung Ihres Kindes durchführt.

Sonderregelungen für die Erstbewertung von Bezirken des Staates

Wenn ein Kind ein Mündel des Staates ist und nicht bei seinen Eltern lebt –

Der Schulbezirk benötigt keine Zustimmung des Elternteils für eine erste Bewertung, um festzustellen, ob das Kind ein Kind mit einer Behinderung ist, wenn:

1. Trotz angemessener Bemühungen der Schulbezirk den Elternteil des Kindes nicht finden kann;
2. Die Rechte der Eltern in Übereinstimmung mit dem staatlichen Recht beendet wurden; oder
3. Ein Richter oder eine öffentliche Stelle, die für die allgemeine Betreuung des Kindes verantwortlich ist, das Recht, Bildungsentscheidungen zu treffen und einer ersten Bewertung zuzustimmen, an eine andere Person als den Elternteil übertragen hat.

Mündel des Staates, wie in der IDEA verwendet, bedeutet, dass ein Kind:

1. Ein Pflegekind ist, es sei denn, dem Pflegeelternteil des Kindes wurde von einem Richter, der den Fall des Kindes überwacht, oder einer öffentlichen Stelle, die für die allgemeine Betreuung des Kindes verantwortlich ist, das Recht eingeräumt, im Namen des Kindes Erziehungsentscheidungen zu treffen;
2. Nach staatlichem Recht als Mündel des Staates betrachtet wird;
3. Nach staatlichem Recht als Mündel des Gerichts angesehen wird; oder
4. In der Obhut einer öffentlichen Kinderfürsorgeeinrichtung ist.

Einverständniserklärung der Eltern für Dienstleistungen

Ihr Schulbezirk muss Ihre Zustimmung nach Aufklärung einholen, bevor Sie Ihrem Kind zum ersten Mal eine Sonderausbildung und damit verbundene Dienstleistungen anbieten, und muss angemessene Anstrengungen unternehmen, um diese Zustimmung nach Aufklärung einzuholen.

Wenn Sie nicht auf eine Anfrage antworten, dass Ihr Kind zum ersten Mal Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen erhält, oder wenn Sie sich weigern, eine solche Zustimmung zu erteilen, darf Ihr Schulbezirk die Verfahrensgarantien (d. h. Mediation, ordnungsgemäße Prozessbeschwerde, Beschlussfassung oder ein unparteiisches Anhörungsverfahren) nicht nutzen, um eine Vereinbarung oder eine Entscheidung zu erhalten, dass die vom IEP-Team Ihres Kindes empfohlene Sonderpädagogik und damit verbundenen Dienstleistungen ohne Ihre Zustimmung für Ihr Kind bereitgestellt werden dürfen.

Wenn Sie die Zustimmung verweigern, dass Ihr Kind zum ersten Mal Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen erhält, oder wenn Sie auf eine Aufforderung zur Erteilung einer solchen Zustimmung nicht antworten und der Schulbezirk Ihrem Kind die Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen, für die er Ihre Zustimmung eingeholt hat, nicht zur Verfügung stellt, Ihr Schulbezirk:

1. Verstößt nicht gegen die Anforderung, Ihrem Kind einen FAPE zur Verfügung zu stellen, wenn es diese Dienstleistungen für Ihr Kind nicht erbringt; und
2. Ist nicht verpflichtet, ein IEP-Meeting abzuhalten oder ein IEP für Ihr Kind für die Sonderausbildung und die damit verbundenen Dienstleistungen zu entwickeln, für die Ihre Zustimmung angefordert wurde.

Widerruf der elterlichen Zustimmung

Wenn Sie dem Schulbezirk schriftlich mitteilen, dass Sie Ihre Zustimmung widerrufen (zurücknehmen), dass Ihr Schulbezirk Sonderunterricht und damit verbundene Dienstleistungen für Ihr Kind erbringt, Ihr Schulbezirk:

1. Darf Ihrem Kind keine Sonderausbildung und damit verbundene Dienstleistungen anbieten;
2. Muss Sie gemäß § 300.503 der IDEA-Bestimmungen rechtzeitig vorher schriftlich über ihren Vorschlag zur Einstellung des Sonderunterrichts und der damit verbundenen Dienstleistungen auf der Grundlage des Eingangs Ihres schriftlichen Widerrufs der Einwilligung informieren;
3. Möglicherweise keine ordnungsgemäßen Verfahren (z. B. Mediation, Beschlussfassung oder ein unparteiisches Anhörungsverfahren) verwenden, um eine Einigung oder eine Entscheidung zu erzielen, dass die Dienstleistungen für Ihr Kind erbracht werden können;

4. Nicht gegen die Anforderung verstößt, Ihrem Kind FAPE zur Verfügung zu stellen, wenn es Ihrem Kind keine weitere Sonderausbildung und damit verbundene Dienstleistungen anbietet;
5. Ist nicht verpflichtet, ein IEP-Meeting abzuhalten oder ein IEP für Ihr Kind für die weitere Bereitstellung von Sonderpädagogik und damit verbundenen Dienstleistungen zu entwickeln; und
6. Ist nicht verpflichtet, die Bildungsunterlagen Ihres Kindes zu ändern, um Verweise auf den Erhalt von Sonderschulen und damit verbundenen Dienstleistungen durch Ihr Kind aufgrund des Widerrufs der Zustimmung zu entfernen.

Zustimmung der Eltern zu Neubewertungen

Ihr Schulbezirk muss Ihre Zustimmung nach Aufklärung einholen, bevor es Ihr Kind neu bewertet, es sei denn, Ihr Schulbezirk kann nachweisen, dass:

1. Angemessene Schritte unternommen wurden, um Ihre Zustimmung zur Neubewertung Ihres Kindes einzuholen; und
2. Sie haben nicht geantwortet.

Wenn Sie sich weigern, der Neubewertung Ihres Kindes zuzustimmen, kann der Schulbezirk, ist aber nicht verpflichtet, die Neubewertung Ihres Kindes fortsetzen, indem es die Verfahren der Mediation, ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde, Beschlussfassung und ein unparteiisches Anhörungsverfahren anwendet, um zu versuchen, Ihre Weigerung, der Neubewertung Ihres Kindes zuzustimmen, außer Kraft zu setzen. Wie bei ersten Bewertungen verstößt Ihr Schulbezirk nicht gegen seine Verpflichtungen aus Teil B der IDEA, wenn er es ablehnt, die Neubewertung auf diese Weise zu verfolgen.

Dokumentation angemessener Bemühungen, die Zustimmung der Eltern einzuholen

Ihre Schule muss Unterlagen über angemessene Bemühungen aufbewahren, um die Zustimmung der Eltern für Erstbewertungen einzuholen, Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen zum ersten Mal anzubieten, eine Neubewertung vorzunehmen und Eltern von Bezirken des Staates für Erstbewertungen ausfindig zu machen. Die Dokumentation muss eine Aufzeichnung der Versuche des Schulbezirks in diesen Bereichen enthalten, wie zum Beispiel:

1. Detaillierte Aufzeichnungen über getätigte oder versuchte Telefonanrufe und die Ergebnisse dieser Anrufe;
2. Kopien der an die Eltern gesendeten Korrespondenz und alle erhaltenen Antworten; und
3. Detaillierte Aufzeichnungen über Besuche in der Wohnung oder am Arbeitsplatz der Eltern und die Ergebnisse dieser Besuche.

Sonstige Zustimmungserfordernisse

Ihre Zustimmung ist nicht erforderlich, bevor Ihr Schulbezirk:

1. Bestehende Daten als Teil der Beurteilung Ihres Kindes oder einer Neubewertung überprüft; oder
2. Ihr Kind einem Test oder einer anderen Beurteilung zu unterziehen, die allen Kindern erteilt wird, es sei denn, vor diesem Test oder dieser Beurteilung ist die Zustimmung aller Eltern aller Kinder erforderlich.

Ihr Schulbezirk darf Ihre Verweigerung der Zustimmung zu einer Dienstleistung oder Aktivität nicht dazu nutzen, Ihnen oder Ihrem Kind eine andere Dienstleistung, Leistung oder Aktivität zu verweigern.

Wenn Sie Ihr Kind auf eigene Kosten in eine Privatschule eingeschrieben haben oder wenn Sie Ihr Kind zu Hause unterrichten und Sie Ihre Zustimmung zur ersten Bewertung Ihres Kindes oder zur Neubewertung Ihres Kindes nicht erteilen oder Sie auf eine Aufforderung zur Erteilung Ihrer Zustimmung nicht antworten, darf der Schulbezirk seine Einwilligungsverfahren nicht außer Kraft setzen (d. h. Mediation, ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde, Beschlussfassung oder ein unparteiisches Anhörungsverfahren) und ist nicht verpflichtet, Ihr Kind als berechtigt zu betrachten, gerechte Dienstleistungen zu erhalten (Dienstleistungen, die Kindern mit Behinderungen von Eltern zur Verfügung gestellt werden).

Unabhängige Bildungsbewertungen

34 CFR § 300.502

Allgemein

Wie unten beschrieben, haben Sie das Recht, eine unabhängige Bildungsbewertung (IEE) Ihres Kindes zu erhalten, wenn Sie mit der Bewertung Ihres Kindes, die von Ihrem Schulbezirk erhalten wurde, nicht einverstanden sind.

Wenn Sie ein IEE anfordern, muss der Schulbezirk Ihnen Informationen darüber geben, wo Sie eine IEE erhalten können, und welche Kriterien der Schulbezirk für eine IEE anwendet.

Begriffsbestimmungen

IEE bedeutet eine Bewertung, die von einem qualifizierten Prüfer durchgeführt wird, der nicht bei dem für die Ausbildung Ihres Kindes zuständigen Schulbezirk beschäftigt ist.

Öffentliche Ausgaben bedeutet, dass der Schulbezirk entweder die vollen Kosten der Bewertung trägt oder sicherstellt, dass die Bewertung Ihnen ansonsten kostenlos zur Verfügung gestellt wird, im Einklang mit den Bestimmungen von Teil B der IDEA, die es jedem Staat ermöglichen, alle staatlichen, lokalen,

bundesstaatlichen und privaten Unterstützungsquellen zu nutzen, die im Staat zur Verfügung stehen, um die Anforderungen von Teil B des Gesetzes zu erfüllen.

Elternrecht auf Bewertung auf öffentliche Kosten

Sie haben das Recht auf eine IEE Ihres Kindes auf öffentliche Kosten, wenn Sie mit einer von Ihrem Schulbezirk erhaltenen Bewertung Ihres Kindes nicht einverstanden sind, vorbehaltlich der folgenden Bedingungen:

1. Wenn Sie einen schriftlichen Antrag auf eine IEE Ihres Kindes auf öffentliche Kosten stellen, muss Ihr Schulbezirk innerhalb von sieben Kalendertagen nach Eingang des Antrags schriftlich auf den Antrag antworten und die Absicht des Bezirks angeben, entweder: (a) die IEE auf öffentliche Kosten bereitzustellen; oder (b) eine Beschwerde einzureichen, um eine Anhörung zu beantragen, um nachzuweisen, dass die Bewertung Ihres Kindes angemessen ist.
2. Wenn Ihr Schulbezirk eine Anhörung beantragt und die endgültige Entscheidung darin besteht, dass die Bewertung Ihres Kindes durch Ihren Schulbezirk angemessen ist, haben Sie immer noch das Recht auf eine IEE, jedoch nicht auf öffentliche Kosten.
3. Wenn Sie eine IEE Ihres Kindes anfordern, kann der Schulbezirk fragen, warum Sie der von Ihrem Schulbezirk erhaltenen Bewertung Ihres Kindes widersprechen. Ihr Schulbezirk benötigt jedoch möglicherweise keine Erklärung und darf weder die Bereitstellung der IEE Ihres Kindes auf öffentliche Kosten noch die Einreichung einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde verzögern, um eine ordnungsgemäße Prozessanhörung zu beantragen, um die Bewertung Ihres Kindes durch den Schulbezirk zu verteidigen.
4. Wenn eine IEE, die Sie erhalten, die Kriterien des Schulbezirks nicht erfüllt, kann der Schulbezirk eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde einreichen. Wenn die endgültige Entscheidung in der Anhörung lautet, dass die Bewertung nicht den Kriterien des Schulbezirks entspricht, kann die öffentliche Erstattung der Kosten Ihrer IEE verweigert werden.

Sie haben Anspruch auf nur eine IEE Ihres Kindes auf öffentliche Kosten, wenn Ihr Schulbezirk eine Bewertung Ihres Kindes durchführt, mit der Sie nicht einverstanden sind.

Von den Eltern initiierte Bewertungen

Wenn Sie eine IEE Ihres Kindes auf öffentliche Kosten erhalten oder Sie dem Schulbezirk eine Bewertung Ihres Kindes mitteilen, die Sie auf private Kosten erhalten haben:

1. Ihr Schulbezirk muss die Ergebnisse der Bewertung Ihres Kindes, wenn es die Kriterien des Schulbezirks für IEEs erfüllt, bei jeder Entscheidung in Bezug auf die Bereitstellung eines FAPE für Ihr Kind berücksichtigen; und
2. Sie oder Ihr Schulbezirk können die Bewertung als Beweismittel bei einem ordnungsgemäßen Prozessverfahren bezüglich Ihres Kindes vorlegen.

Begutachtungsersuchen eines Verwaltungsrichters

Wenn ein Verwaltungsrichter (ALJ) im Rahmen eines ordnungsgemäßen Prozessverfahrens eine IEE Ihres Kindes beantragt, müssen die Kosten für die Bewertung auf öffentliche Kosten gehen.

Schulbezirkskriterien

Wenn eine IEE auf öffentliche Kosten erfolgt, müssen die Kriterien, nach denen die Bewertung erhalten wird, einschließlich des Ortes der Bewertung und der Qualifikationen des Prüfers, mit den Kriterien übereinstimmen, die der Schulbezirk verwendet, wenn er eine Bewertung einleitet (soweit diese Kriterien mit Ihrem Recht auf eine IEE übereinstimmen).

Mit Ausnahme der oben beschriebenen Kriterien darf ein Schulbezirk keine Bedingungen oder Fristen im Zusammenhang mit dem Erhalt einer IEE auf öffentliche Kosten auferlegen.

Vertraulichkeit von Informationen

Begriffsbestimmungen

34 CFR § 300.611

Wie unter der Überschrift **Vertraulichkeit von Informationen verwendet:**

- *Vernichtung* bedeutet physische Vernichtung oder Entfernung von persönlichen Identifikatoren aus Informationen, so dass die Informationen nicht mehr persönlich identifizierbar sind.
- *Bildungsaufzeichnungen* bezeichnet die Art von Aufzeichnungen, die unter die Definition von „Bildungsaufzeichnungen“ in 34 CFR Teil 99 fallen (die Vorschriften zur Umsetzung des Gesetz über Familienerziehungsrechte und Datenschutz von 1974, 20 U.S.C. 1232g (FERPA)). FERPA definiert „Bildungsaufzeichnungen“ als Aufzeichnungen, die sich direkt auf einen Schüler beziehen und von einer Bildungsagentur oder einer für die Agentur handelnden Partei geführt werden.
- *Teilnehmende Agentur* bezeichnet jeden Schulbezirk, jede Agentur oder Institution, die personenbezogene Daten sammelt, verwaltet oder verwendet oder von der Informationen gemäß Teil B der IDEA erhalten werden.

Persönlich identifizierbare Informationen

34 CFR § 300.32

Persönlich identifizierbar bedeutet Informationen, die:

- a. Den Namen Ihres Kindes, Ihren Namen als Elternteil oder den Namen eines anderen Familienmitglieds haben;
- b. Adresse Ihres Kindes;
- c. Eine persönliche Kennung, wie die Sozialversicherungsnummer Ihres Kindes oder die Studentenummer; oder
- d. Eine Liste mit persönlichen Merkmalen oder anderen Informationen, die es ermöglichen würden, Ihr Kind mit hinreichender Sicherheit zu identifizieren.

Mitteilung an die Eltern

34 CFR § 300.612

Das Michigan Bildungsministerium (MDE) muss die Eltern darüber informieren, dass das MDE über angemessene Verfahren und Richtlinien verfügt, um die Eltern umfassend über die Vertraulichkeit personenbezogener Daten zu informieren, einschließlich:

1. Eine Beschreibung des Umfangs, in dem die Mitteilung in den Muttersprachen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Staat erfolgt;
2. Eine Beschreibung der Kinder, über die personenbezogene Daten aufbewahrt werden, die Art der angeforderten Informationen, die Methoden, die der Staat beim Sammeln der Informationen zu verwenden beabsichtigt (einschließlich der Quellen, aus denen Informationen gesammelt werden), und die Verwendung der Informationen;
3. Eine Zusammenfassung der Richtlinien und Verfahren, die die teilnehmenden Agenturen in Bezug auf die Speicherung, Weitergabe an Dritte, Aufbewahrung und Vernichtung personenbezogener Daten befolgen müssen; und
4. Eine Beschreibung aller Rechte von Eltern und Kindern in Bezug auf diese Informationen, einschließlich der Rechte nach dem FERPA und seinen Durchführungsbestimmungen in 34 CFR Teil 99.

Vor jeder größeren Identifizierungs-, Standort- oder Bewertungsaktivität (auch bekannt als „Kinderfund“) muss die Mitteilung in Zeitungen oder anderen Medien oder in beidem veröffentlicht oder angekündigt werden, wobei die Verbreitung ausreichend sein muss, um Eltern im gesamten Bundesstaat über die Aktivität zu informieren, um Kinder zu lokalisieren, zu identifizieren und zu bewerten, die eine Sonderausbildung und damit verbundene Dienstleistungen benötigen.

Zugriffsrechte

34 CFR § 300.613

Die teilnehmende Agentur muss Ihnen die Einsichtnahme und Überprüfung aller Ihr Kind betreffenden Bildungsunterlagen gestatten, die von der teilnehmenden Behörde im Rahmen von Teil B des IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden. Die teilnehmende Agentur muss Ihrem Antrag auf Einsichtnahme und Überprüfung der Bildungsunterlagen Ihres Kindes ohne unnötige Verzögerung nachkommen, und vor jeder Sitzung in Bezug auf ein IEP oder ein unparteiisches Anhörungsverfahren (einschließlich einer Beschlussfassung oder einer Anhörung in Bezug auf Disziplin) und in keinem Fall mehr als 45 Kalendertage, nachdem Sie einen Antrag gestellt haben.

Ihr Recht auf Einsichtnahme und Überprüfung von Bildungsunterlagen umfasst:

1. Ihr Recht auf eine Antwort der teilnehmenden Agentur auf Ihre angemessenen Anträge auf Erläuterungen und Interpretationen der Aufzeichnungen;
2. Ihr Recht, von der teilnehmenden Agentur Kopien der Aufzeichnungen zu verlangen, wenn Sie die Aufzeichnungen nicht effektiv einsehen und überprüfen können, es sei denn, Sie erhalten diese Kopien; und
3. Ihr Recht, die Aufzeichnungen von Ihrem Vertreter einsehen und überprüfen zu lassen.

Die teilnehmende Agentur kann davon ausgehen, dass Sie befugt sind, die Unterlagen Ihres Kindes einzusehen und zu überprüfen, es sei denn, Sie werden darauf hingewiesen, dass Sie nach geltendem staatlichem Recht, das z.B. die Vormundschaft oder Trennung und Scheidung regelt, nicht befugt sind.

Zugangsnachweis

34 CFR § 300.614

Jede teilnehmende Agentur muss eine Aufzeichnung der Parteien führen, die Zugang zu Bildungsunterlagen erhalten, die gemäß Teil B der IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden (mit Ausnahme des Zugangs von Eltern und autorisierten Mitarbeitern der teilnehmenden Agentur), einschließlich des Namens der Partei, des Datums, an dem der Zugang gewährt wurde, und des Zwecks, für den die Partei berechtigt ist, die Aufzeichnungen zu verwenden.

Aufzeichnungen über mehr als ein Kind

34 CFR § 300.615

Wenn eine Bildungsaufzeichnung Informationen über mehr als ein Kind enthält, haben die Eltern dieser Kinder das Recht, nur die Informationen über ihr Kind

einzu sehen und zu überprüfen oder über diese spezifischen Informationen informiert zu werden.

Liste der Arten und Orte von Informationen

34 CFR § 300.616

Auf Anfrage muss jede teilnehmende Agentur Ihnen eine Liste der Arten und Orte von Bildungsunterlagen zur Verfügung stellen, die von der Agentur gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden.

Gebühren

34 CFR § 300.617

Jede teilnehmende Agentur kann eine Gebühr für Kopien von Aufzeichnungen erheben, die für Sie im Rahmen von Teil B der IDEA erstellt werden, wenn die Gebühr Sie nicht wirksam daran hindert, von Ihrem Recht auf Einsichtnahme und Überprüfung dieser Aufzeichnungen Gebrauch zu machen.

Eine teilnehmende Agentur darf keine Gebühr für die Suche oder den Abruf von Informationen nach Teil B der IDEA erheben.

Änderung von Aufzeichnungen auf Antrag der Eltern

34 CFR § 300.618

Wenn Sie meinen, dass Informationen in den Bildungsunterlagen über Ihr Kind, die im Rahmen von Teil B des IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden, ungenau oder irreführend sind oder die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, können Sie die teilnehmende Agentur, die die Informationen aufbewahrt, auffordern, die Informationen zu ändern.

Die teilnehmende Agentur muss innerhalb einer angemessenen Frist nach Eingang Ihrer Anfrage entscheiden, ob sie die Informationen gemäß Ihrer Anfrage ändert.

Wenn die beteiligte Agentur sich weigert, die Informationen entsprechend Ihrer Anfrage zu ändern, muss sie Sie über die Ablehnung informieren und Sie über Ihr Anhörungsrecht belehren, wie unter der Überschrift „Möglichkeit einer Anhörung“ beschrieben.

Möglichkeit einer Anhörung

34 CFR § 300.619

Die teilnehmende Agentur muss Ihnen auf Anfrage die Möglichkeit einer Anhörung geben, um die Informationen in den Bildungsunterlagen über Ihr Kind anzufechten, um sicherzustellen, dass sie nicht ungenau oder irreführend sind oder anderweitig die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen.

Anhörungsverfahren

34 CFR §300.621

Eine Anhörung zur Anfechtung von Informationen in Bildungsunterlagen muss gemäß den Verfahren für solche Anhörungen im Rahmen des FERPA durchgeführt werden.

Ergebnis der Anhörung

34 CFR §300.620

Wenn die teilnehmende Agentur aufgrund der Anhörung entscheidet, dass die Informationen ungenau, irreführend oder anderweitig gegen die Privatsphäre oder andere Rechte des Kindes verstoßen, muss sie die Informationen entsprechend ändern und Sie schriftlich informieren.

Wenn die teilnehmende Agentur nach der Anhörung entscheidet, dass die Informationen nicht ungenau oder irreführend sind oder anderweitig die Privatsphäre oder andere Rechte Ihres Kindes verletzen, muss sie Sie über Ihr Recht informieren, in den Aufzeichnungen, die sie über Ihr Kind führt, eine Erklärung abzugeben, in der Sie die Informationen kommentieren oder die Gründe angeben, warum Sie mit der Entscheidung der teilnehmenden Agentur nicht einverstanden sind.

Eine solche Erklärung, die in die Aufzeichnungen Ihres Kindes aufgenommen wird, muss:

1. Von der teilnehmenden Agentur als Teil der Aufzeichnungen Ihres Kindes aufbewahrt werden, solange die Aufzeichnung oder der angefochtene Teil von der teilnehmenden Agentur aufbewahrt wird; und
2. Wenn die teilnehmende Agentur die Aufzeichnungen Ihres Kindes oder den angegriffenen Teil an eine Partei weitergibt, muss die Erklärung auch dieser Partei offengelegt werden.

Zustimmung zur Offenlegung personenbezogener Daten

34 CFR §300.622

Sofern die Offenlegung personenbezogener Daten, die in Bildungsunterlagen enthalten sind (ohne Zustimmung der Eltern), im Rahmen des FERPA nicht zulässig ist, muss Ihre Zustimmung eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten an andere Parteien als Beamte der teilnehmenden Agenturen weitergegeben werden. Außer unter den unten angegebenen Umständen ist Ihre Zustimmung nicht erforderlich, bevor personenbezogene Daten an Beamte der teilnehmenden Agenturen weitergegeben werden, um eine Anforderung von Teil B der IDEA zu erfüllen.

Ihre Zustimmung oder die Zustimmung eines berechtigten Kindes, das nach staatlichem Recht die Volljährigkeit erreicht hat, muss eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten an Beamte der teilnehmenden Agentur weitergegeben werden, die Übergangsdienstleistungen erbringen oder dafür bezahlen.

Wenn sich Ihr Kind in einer Privatschule befindet oder dorthin gehen wird, die sich nicht in demselben Schulbezirk befindet, in dem Sie wohnen, muss Ihre Zustimmung eingeholt werden, bevor personenbezogene Daten über Ihr Kind zwischen Beamten des Schulbezirks, in dem sich die Privatschule befindet, und Beamten des Schulbezirks, in dem Sie wohnen, veröffentlicht werden.

Schutzmaßnahmen

34 CFR §300.623

Jede teilnehmende Agentur muss die Vertraulichkeit personenbezogener Daten bei der Erhebung, Speicherung, Offenlegung und Vernichtung schützen.

Ein Beamter jeder teilnehmenden Agentur muss die Verantwortung für die Vertraulichkeit der personenbezogenen Daten übernehmen.

Alle Personen, die personenbezogene Daten sammeln oder verwenden, müssen eine Schulung oder Unterweisung in Bezug auf Michigans Richtlinien und Verfahren in Bezug auf die Vertraulichkeit gemäß Teil B der IDEA und des FERPA erhalten.

Jede teilnehmende Agentur muss zur öffentlichen Einsichtnahme eine aktuelle Liste der Namen und Positionen derjenigen Mitarbeiter innerhalb der Agentur führen, die möglicherweise Zugang zu personenbezogenen Daten haben.

Vernichtung von Informationen

34 CFR §300.624

Ihr Schulbezirk muss Sie informieren, wenn personenbezogene Daten, die im Rahmen von Teil B der IDEA gesammelt, aufbewahrt oder verwendet werden, nicht mehr benötigt werden, um Ihrem Kind Bildungsdienstleistungen anzubieten.

Die Informationen müssen auf Ihren Wunsch hin vernichtet werden. Eine dauerhafte Aufzeichnung des Namens, der Adresse und der Telefonnummer Ihres Kindes, seiner Noten, der Anwesenheitsliste, der besuchten Klassen, der abgeschlossenen Klassenstufe und des abgeschlossenen Jahres kann jedoch ohne zeitliche Begrenzung aufbewahrt werden.

Studentenrechte

34 CFR §300.625

Nach den Vorschriften für FERPA werden die Rechte der Eltern in Bezug auf Bildungsunterlagen mit 18 Jahren auf den Schüler übertragen.

Die Rechte der Eltern nach Teil B der IDEA in Bezug auf Bildungsunterlagen werden auch mit 18 Jahren auf den Schüler übertragen. Eine teilnehmende Agentur muss jedoch sowohl dem Schüler als auch den Eltern, die nach Teil B der IDEA erforderliche Mitteilung machen.

Mediation

Mediation

34 CFR §300.506

Allgemein

Das MDE hat Verfahren eingerichtet, um eine Mediation zur Verfügung zu stellen, damit Sie und der Schulbezirk Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Angelegenheiten im Rahmen von Teil B oder Teil C der IDEA lösen können, einschließlich Angelegenheiten, die sich vor der Einreichung einer staatlichen Beschwerde oder einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde ergeben. Somit steht eine Mediation zur Verfügung, um Streitigkeiten gemäß Teil B oder Teil C der IDEA beizulegen, unabhängig davon, ob Sie eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde eingereicht haben oder nicht, um eine ordnungsgemäße Prozessanhörung zu beantragen, wie unter der Überschrift **Einreichen einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde** beschrieben.

Anforderungen

Die Verfahren stellen sicher, dass das Mediationsverfahren:

1. Freiwillig ist, sowohl von Ihrer Seite als auch von Seiten des Schulbezirks;
2. Nicht dazu verwendet wird, Ihr Recht auf eine ordnungsgemäße Prozessanhörung zu verweigern oder zu verzögern, oder andere Rechte zu verweigern, die Sie gemäß Teil B oder Teil C des IDEA haben; und
3. Von einem qualifizierten und unparteiischen Mediator durchgeführt wird, der in effizienten Mediationstechniken geschult ist.

Der Schulbezirk kann Verfahren entwickeln, die Eltern und Schulen, die sich gegen das Mediationsverfahren entscheiden, die Möglichkeit bieten, sich zu einem für Sie günstigen Zeitpunkt und Ort mit einer unparteiischen Partei zu treffen:

1. Die einen Vertrag mit einer geeigneten alternativen Streitbeilegungsstelle oder einem Eltern-Schulungs- und Informationszentrum oder einem kommunalen Eltern-Ressourcenzentrum im Bundesstaat hat; und
2. die Ihnen die Vorteile des Mediationsverfahrens erläutert und Sie dazu ermutigt, es zu nutzen.

Das MDE muss eine Liste von Personen führen, die qualifizierte Mediatoren sind und die Gesetze und Vorschriften in Bezug auf die Bereitstellung von Sonderpädagogik und damit verbundenen Dienstleistungen kennen. Das MDE muss Mediatoren zufällig, rotierend oder auf anderer unparteiischer Basis auswählen.

Der Staat trägt die Kosten des Mediationsverfahrens, einschließlich der Kosten der Sitzungen. Diese Dienste werden von [Special Education Mediation Services](http://MiKids1st.org) (<http://MiKids1st.org>) bereitgestellt.

Jede Sitzung im Mediationsverfahren muss rechtzeitig geplant und an einem für Sie und den Schulbezirk geeigneten Ort abgehalten werden.

Wenn Sie und der Schulbezirk eine Streitigkeit durch das Mediationsverfahren lösen, müssen beide Parteien eine rechtsverbindliche Vereinbarung treffen, in der die Lösung festgelegt ist und die:

1. Erklärt, dass alle Gespräche, die während des Mediationsverfahrens stattgefunden haben, vertraulich bleiben und nicht als Beweismittel in einer späteren Anhörung oder einem Zivilverfahren verwendet werden dürfen; und
2. Sowohl von Ihnen als auch von einem Vertreter des Schulbezirks unterzeichnet wird, der befugt ist, den Schulbezirk zu verpflichten.

Eine schriftliche, unterzeichnete Mediationsvereinbarung ist vor jedem zuständigen staatlichen Gericht (einem Gericht, das nach staatlichem Recht befugt ist, diese Art von Fall zu verhandeln) oder vor einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten vollstreckbar.

Gespräche, die während des Mediationsverfahrens stattgefunden haben, müssen vertraulich sein. Sie können nicht als Beweismittel in einem zukünftigen ordentlichen Verfahren oder Zivilverfahren eines Bundesgerichts oder Landesgerichts eines Staates verwendet werden, der Unterstützung nach Teil B oder Teil C der IDEA erhält.

Unparteilichkeit des Mediators

Der Mediator:

1. Darf kein Mitarbeiter des MDE oder des Schulbezirks sein, der an der Ausbildung oder Betreuung Ihres Kindes beteiligt ist; und

2. Darf kein persönliches oder berufliches Interesse haben, das mit der Objektivität des Mediators in Konflikt steht.

Eine Person, die sich ansonsten als Mediator qualifiziert, ist kein Angestellter eines Schulbezirks oder einer staatlichen Behörde, nur weil sie von der Behörde oder dem Schulbezirk als Mediator bezahlt wird.

Staatliche Beschwerdeverfahren

Unterschied zwischen einer ordnungsgemäßen Anhörungsbeschwerde und staatlichen Beschwerdeverfahren

Die Vorschriften für Teil B von IDEA legen separate Verfahren für staatliche Beschwerden und für ordnungsgemäße Prozessbeschwerden und Anhörungen fest. Wie unten erläutert, kann jede Person oder Organisation eine staatliche Beschwerde einreichen, in der sie einen Verstoß gegen die Anforderungen von Teil B oder Teil C durch einen Schulbezirk, das MDE oder eine andere öffentliche Behörde geltend macht. Nur Sie oder ein Schulbezirk können eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde in Bezug auf eine Angelegenheit einreichen, die sich auf einen Vorschlag oder eine Weigerung bezieht, die Identifizierung, Bewertung oder pädagogische Unterbringung eines Kindes mit einer Behinderung oder die Bereitstellung eines FAPE für das Kind einzuleiten oder zu ändern. Während die Mitarbeiter des MDE eine staatliche Beschwerde in der Regel innerhalb einer Frist von 60 Kalendertagen bearbeiten müssen, muss ein ALJ eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde anhören (wenn sie nicht durch ein Schlichtungsgespräch oder eine Mediation beigelegt wurde) und innerhalb von 45 Kalendertagen nach Ablauf der Bearbeitungsfrist eine schriftliche Entscheidung erlassen, wie in diesem Dokument unter der Überschrift **Beschlussfassung** beschrieben, es sei denn, der ALJ gewährt auf Ihren Antrag oder den Antrag des Schulbezirks eine spezifische Verlängerung der Frist. Die staatlichen Beschwerde- und ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde-, Lösungs- und Anhörungsverfahren werden im Folgenden ausführlicher beschrieben.

Verabschiedung staatlicher Beschwerdeverfahren

34 CFR §300.151

Allgemein

Das MDE muss über schriftliche Verfahren (siehe Verwaltungsvorschriften für Sonderpädagogik, Regel 340.1701a, 340.1851-1853) verfügen für:

1. Lösen einer staatlichen Beschwerde, einschließlich einer Beschwerde, die von einer Organisation oder Einzelperson aus einem anderen Staat eingereicht wurde;
2. Die Einreichung einer Beschwerde.
3. Weite Verbreitung der staatlichen Beschwerdeverfahren an Eltern und andere interessierte Personen, einschließlich Schulungs- und Informationszentren für Eltern, Schutz- und Interessenvertretungen, Zentren für unabhängiges Leben und andere geeignete Einrichtungen.

Abhilfemaßnahmen bei Verweigerung geeigneter Dienstleistungen

Bei der Lösung einer staatlichen Beschwerde, bei der das MDE festgestellt hat, dass es keine angemessenen Dienstleistungen erbringt, muss das MDE Folgendes ansprechen:

1. Das Versäumnis, angemessene Dienstleistungen zu erbringen, einschließlich Korrekturmaßnahmen, die den Bedürfnissen des Kindes entsprechen; und
2. Angemessene zukünftige Bereitstellung von Dienstleistungen für alle Kinder mit Behinderungen.

Minimale staatliche Beschwerdeverfahren

34 CFR §300.152

Frist; Mindestverfahren

Das MDE wird über das Amt für Sonderpädagogik (OSE) in seine staatlichen Beschwerdeverfahren eine Frist von 60 Kalendertagen nach Einreichung einer Beschwerde aufnehmen, um:

1. Durchführung einer unabhängigen Untersuchung vor Ort, wenn das MDE feststellt, dass eine Untersuchung erforderlich ist;
2. Dem Beschwerdeführer die Möglichkeit geben, zusätzliche Informationen über die Vorwürfe in der Beschwerde mündlich oder schriftlich einzureichen;
3. Dem Schulbezirk oder einer anderen öffentlichen Einrichtung die Möglichkeit zu geben, auf die Beschwerde zu reagieren, was mindestens Folgendes einschließt: (a) nach Wahl der Einrichtung einen Vorschlag zur Beilegung der Beschwerde; und (b) die Möglichkeit für ein Elternteil, das eine Beschwerde eingereicht hat, und die Einrichtung, sich freiwillig auf eine Mediation zu einigen;
4. Alle relevanten Informationen zu überprüfen und eine unabhängige Entscheidung darüber zu treffen, ob der Schulbezirk oder eine andere öffentliche Agentur gegen eine Anforderung von Teil B des IDEA verstößt; und
5. Dem Beschwerdeführer eine schriftliche Entscheidung zukommen zu lassen, die auf jeden Vorwurf in der Beschwerde eingeht und Folgendes enthält: (a) Tatsachenfeststellungen und Schlussfolgerungen; und (b) die Gründe für die endgültige Entscheidung des MDE.

Zeitverlängerung; endgültige Entscheidung; Umsetzung

Die oben beschriebenen Verfahren des MDE müssen auch:

1. eine Verlängerung der 60-Kalendertage-Frist zulassen, nur wenn: (a) außergewöhnliche Umstände in Bezug auf eine bestimmte staatliche Beschwerde vorliegen; oder (b) der Elternteil und der Schulbezirk oder eine

andere beteiligte öffentliche Stelle freiwillig einer Verlängerung der Frist zustimmen, um die Angelegenheit durch Mediation zu lösen.

2. Verfahren für die wirksame Umsetzung der endgültigen Entscheidung des MDE enthalten, falls erforderlich, einschließlich: (a) technische Unterstützung; (b) Verhandlungen; und (c) Korrekturmaßnahmen, um die Einhaltung der Vorschriften zu erreichen.

Staatliche Beschwerden und ordnungsgemäße Prozessbeschwerde

Wenn eine schriftliche staatliche Beschwerde eingeht, die auch Gegenstand einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde ist, wie unten unter der Überschrift **Einreichung einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde** beschrieben, oder die staatliche Beschwerde mehrere Punkte enthält, von denen einer oder mehrere Teil einer solchen Anhörung sind, muss der Staat die staatliche Beschwerde oder jeden Teil der staatlichen Beschwerde, der in der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde behandelt wird, beiseite legen, bis die Anhörung abgeschlossen ist. Jedes Problem in der staatlichen Beschwerde, das nicht Teil der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde ist, muss unter Verwendung der oben beschriebenen Fristen und Verfahren gelöst werden.

Wenn ein in einer staatlichen Beschwerde aufgeworfenes Problem zuvor in einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde unter Beteiligung derselben Parteien (Sie und der Schulbezirk) entschieden wurde, ist die Entscheidung über die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde für dieses Problem verbindlich und das MDE muss den Beschwerdeführer darüber informieren, dass die Entscheidung verbindlich ist.

Eine Beschwerde, in der behauptet wird, dass ein Schulbezirk oder eine andere öffentliche Stelle eine Anhörungsentscheidung nicht umgesetzt hat, muss vom MDE gelöst werden.

Einreichung einer staatlichen Beschwerde

34 CFR §300.153

Eine Organisation oder Einzelperson kann im Rahmen der oben beschriebenen Verfahren eine unterzeichnete schriftliche staatliche Beschwerde einreichen.

Die staatliche Beschwerde muss Folgendes enthalten:

1. Eine Erklärung, dass ein Schulbezirk oder eine andere öffentliche Stelle gegen Folgendes verstoßen hat:
 - a. Jede aktuelle Bestimmung der Verwaltungsregeln für Sonderpädagogik;
 - b. 1976 PA 451, MCL 380.1 ff., soweit es sich um sonderpädagogische Programme und Dienstleistungen handelt;

- c. Das Gesetz über die Bildung von Menschen mit Behinderungen von 2004, 20 U.S.C., Kapitel 33, § 1400 ff., und die Vorschriften zur Umsetzung des Gesetzes, 34 C.F.R. Teil 300 und 34 C.F.R. Teil 303; Die Tatsachen, auf denen die Aussage beruht;
 - d. Ein mittlerer Schulbezirksplan;
 - e. Ein individualisierter Bericht des Bildungsprogramm-Teams, eine Entscheidung des Anhörungsbüros oder eine Gerichtsentscheidung in Bezug auf spezielle Bildungsprogramme oder -dienste; oder
 - f. Der staatliche Antrag auf Bundesmittel im Rahmen der IDEA.
2. Die Unterschrift und Kontaktinformationen des Beschwerdeführers; und
 3. Bei mutmaßlichen Verstößen gegen ein bestimmtes Kind:
 - a. Name des Kindes und Adresse des Wohnsitzes des Kindes;
 - b. Name der Schule, die das Kind besucht;
 - c. Im Falle eines obdachlosen Kindes oder Jugendlichen die verfügbaren Kontaktinformationen für das Kind und den Namen der Schule, die das Kind besucht;
 - d. Eine Beschreibung der Art des Problems des Kindes, einschließlich Tatsachen in Bezug auf das Problem; und
 - e. Eine vorgeschlagene Lösung des Problems in dem Umfang, der der beschwerdeführenden Partei zum Zeitpunkt der Beschwerdeerhebung bekannt und zugänglich ist.

Die Beschwerde muss einen Verstoß geltend machen, der nicht mehr als ein Jahr vor dem Datum des Eingangs der Beschwerde beim MDE oder der ISD aufgetreten ist.

Die Partei, die die staatliche Beschwerde einreicht, muss gleichzeitig mit der Einreichung der Beschwerde bei der OSE eine Kopie der Beschwerde an den Schulbezirk oder eine andere öffentliche Stelle weiterleiten, die dem Kind dient.

Das MDE hat ein Musterformular entwickelt, um die Einreichung einer staatlichen Beschwerde zu unterstützen. Das Musterformular ist auf der [OSE-Website](http://www.michigan.gov/specialeducation) (www.michigan.gov/specialeducation) verfügbar. Sie sind nicht verpflichtet, das Modellformular zu verwenden. Die Beschwerde muss jedoch die erforderlichen Informationen für die Einreichung einer staatlichen Beschwerde enthalten (siehe 1-4 oben).

Verfahren für eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde

Einreichung einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde

34 CFR § 300.507

Allgemein

Sie oder der Schulbezirk können eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde zu jeder Angelegenheit einreichen, die sich auf einen Vorschlag oder eine Weigerung bezieht, die Identifizierung, Bewertung oder pädagogische Unterbringung Ihres Kindes in die Wege zu leiten oder zu ändern, oder auf die Bereitstellung einer FAPE für Ihr Kind.

In der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde muss ein Verstoß geltend gemacht werden, der nicht mehr als zwei Jahre vor dem Zeitpunkt begangen wurde, zu dem Sie oder der Schulbezirk von der angeblichen Handlung wussten oder hätten wissen müssen, die die Grundlage der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde bildet.

Die obige Zeitleiste gilt nicht für Sie, wenn Sie innerhalb der Zeitleiste keine Beschwerde über eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde einreichen konnten, weil:

1. Der Schulbezirk ausdrücklich falsch dargestellt hat, dass er die in der Beschwerde genannten Probleme gelöst hat; oder
2. Der Schulbezirk Ihnen Informationen vorenthalten hat, die er Ihnen gemäß Teil B oder Teil C der IDEA zur Verfügung stellen musste.

Informationen für Eltern

Der Schulbezirk muss Sie über kostenlose oder kostengünstige rechtliche und andere relevante Dienstleistungen in der Region informieren, wenn Sie die Informationen anfordern oder wenn Sie oder der Schulbezirk eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde einreichen.

Ordnungsgemäße Prozessbeschwerde

34 CFR § 300.508

Allgemein

Um eine Anhörung zu beantragen, müssen Sie oder der Schulbezirk (oder Ihr Anwalt oder der Anwalt des Schulbezirks) eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde beim MDE einreichen und der anderen Partei eine Kopie zur Verfügung stellen. Die Beschwerde muss alle unten aufgeführten Inhalte enthalten und vertraulich behandelt werden.

Inhalt der Beschwerde

Die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde muss Folgendes enthalten:

1. Name des Kindes;
2. Die Adresse des Wohnsitzes des Kindes;
3. Name der Schule des Kindes;
4. Wenn es sich bei dem Kind um ein obdachloses Kind oder einen obdachlosen Jugendlichen handelt, die Kontaktinformationen des Kindes und den Namen der Schule des Kindes;
5. Eine Beschreibung der Art des Problems des Kindes in Bezug auf die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme, einschließlich Tatsachen in Bezug auf das Problem; und
6. Eine vorgeschlagene Lösung des Problems in dem Umfang, der Ihnen oder dem Schulbezirk zu diesem Zeitpunkt bekannt und verfügbar ist.

Erforderliche Benachrichtigung vor einer Anhörung zu einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde

Sie oder der Schulbezirk haben möglicherweise keine ordnungsgemäße Prozessanhörung, bis Sie oder der Schulbezirk (oder Ihr Anwalt oder der Anwalt des Schulbezirks) eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde einreichen, die die oben aufgeführten Informationen enthält. Eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde ist ordnungsgemäß eingereicht, wenn sie beim MDE und der anderen Partei eingegangen ist.

Ausreichende Beschwerde

Damit eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde voranschreiten kann, muss sie als ausreichend angesehen werden. Die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde gilt als ausreichend (d.h. sie erfüllt die oben genannten inhaltlichen Anforderungen), es sei denn, die Partei, die die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde erhält (Sie oder der Schulbezirk), teilt der ALJ und der anderen Partei innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde schriftlich mit, dass die empfangende Partei der Ansicht ist, dass die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde die oben genannten Anforderungen nicht erfüllt.

Innerhalb von fünf Kalendertagen nach Erhalt der Benachrichtigung hält die empfangende Partei (Sie oder der Schulbezirk) eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde für unzureichend, der ALJ muss entscheiden, ob die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde die oben genannten Anforderungen erfüllt, und Sie und den Schulbezirk unverzüglich schriftlich benachrichtigen.

Beschwerdeänderung

Sie oder der Schulbezirk dürfen Änderungen an der Beschwerde nur vornehmen, wenn:

1. Die andere Partei den Änderungen schriftlich zustimmt und die Möglichkeit erhält, die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde durch eine Beschlussfassung (siehe unten) zu lösen; oder
2. Der ALJ genehmigt die Änderungen spätestens fünf Tage vor Beginn der Anhörung zum ordnungsgemäßen Verfahren.

Wenn die beschwerdeführende Partei (Sie oder der Schulbezirk) Änderungen an der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde vornimmt, beginnen die Zeitspannen für die Beschlussfassung (innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde) und die Frist für die Beschlussfassung (innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eingang der Beschwerde) erneut mit dem Datum der Einreichung der geänderten Beschwerde.

Antwort des Schulbezirks auf eine Beschwerde über eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde

Wenn der Schulbezirk Ihnen keine vorherige schriftliche Mitteilung, wie unter der Überschrift „**Vorherige schriftliche Mitteilung**“ beschrieben, zu dem in Ihrer Beschwerde über die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde enthaltenen Gegenstand gesendet hat, muss der Schulbezirk Ihnen innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erhalt der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde eine Antwort senden, die Folgendes enthält:

1. Eine Erklärung, warum der Schulbezirk vorgeschlagen oder abgelehnt hat, die im Rahmen der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde erhobenen Maßnahmen zu ergreifen;
2. Eine Beschreibung anderer Optionen, die das IEP-Team Ihres Kindes in Betracht gezogen hat, und die Gründe, warum diese Optionen abgelehnt wurden;
3. Eine Beschreibung jedes Bewertungsverfahrens, jeder Begutachtung, Aufzeichnung oder Meldung des Schulbezirks, der als Grundlage für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme verwendet wurde; und
4. Eine Beschreibung der anderen Faktoren, die für die vorgeschlagene oder abgelehnte Maßnahme des Schulbezirks relevant sind.

Die Bereitstellung der Informationen in den obigen Punkten 1-4 hindert den Schulbezirk nicht daran, geltend zu machen, dass Ihre ordnungsgemäße Prozessbeschwerde unzureichend war.

Reaktion der anderen Partei auf eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde

Sofern nicht in der obigen Unterüberschrift, **Antwort des Schulbezirks auf eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde**, angegeben, muss die Partei, die eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde erhält, innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erhalt der Beschwerde der anderen Partei eine Antwort senden, die speziell auf die Probleme in der Beschwerde eingeht.

Modellformulare

34 CFR § 300.509

Das MDE hat ein Musterformular entwickelt, das Ihnen hilft, eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde einzureichen. Sie sind nicht verpflichtet, das MDE-Modellformular zu verwenden. Die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde muss jedoch die erforderlichen Informationen für die Einreichung einer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde enthalten. Das Musterformular ist auf der [OSE-Website](http://www.michigan.gov/specialeducation) (www.michigan.gov/specialeducation) verfügbar.

(Hinweis: Die Verwendung des Musterformulars garantiert nicht, dass ein ALJ die Beschwerde als ausreichend empfinden würde, wenn die andere Partei die Angemessenheit der Beschwerde beanstandet.)

Die Unterbringung des Kindes während der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde und Anhörung sind anstehend

34 CFR § 300.518

Außer wie unten unter der Überschrift **Verfahren bei der Disziplinierung von Kindern mit Behinderungen** beschrieben, muss Ihr Kind, sobald eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde beim MDE eingereicht wurde und bei der Gegenpartei eingegangen ist, während des Lösungszeitraums und während des Wartens auf die Entscheidung einer unparteiischen ordnungsgemäßen Prozessanhörung oder eines Gerichtsverfahrens in seinem aktuellen Bildungsplatz bleiben, es sei denn, Sie und der Staat oder der Schulbezirk vereinbaren etwas anderes.

Wenn es sich bei der Beschwerde um einen Antrag auf Erstzulassung zur öffentlichen Schule handelt, muss Ihr Kind mit Ihrer Zustimmung bis zum Abschluss aller dieser Verfahren in das reguläre öffentliche Schulprogramm aufgenommen werden.

Handelt es sich bei der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde um einen Antrag auf Erstleistungen nach Teil B der IDEA für ein Kind, das von der Zustellung nach Teil C der IDEA in Teil B der IDEA übergeht und das nicht mehr für Leistungen nach Teil C in Frage kommt, weil das Kind drei Jahre alt geworden ist, ist der Schulbezirk nicht verpflichtet, die Leistungen nach Teil C zu erbringen, die das Kind erhalten hat. Wenn das Kind gemäß Teil B der IDEA für geeignet befunden wird und Sie zustimmen, dass das Kind zum ersten Mal Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen erhält, muss der Schulbezirk bis zum Abschluss des Verfahrens diese Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen erbringen, die nicht strittig sind (diejenigen, auf die Sie und der Schulbezirk sich beide einigen).

Lösungsverfahren

34 CFR § 300.510

Beschlussfassung

Der Schulbezirk muss eine Beschlussfassung mit Ihnen und dem entsprechenden Mitglied oder den Mitgliedern des IEP-Teams einberufen, die spezifische Kenntnisse über die in Ihrer ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde ermittelten Tatsachen haben. Die Beschlussfassung muss innerhalb von 15 Kalendertagen nach Einreichung der Beschwerde beim MDE einberufen werden und beim Schulbezirk eingehen. Die ordnungsgemäße Verfahrensanhörung kann erst beginnen, wenn die Beschlussfassung durchgeführt wird. Die Sitzung:

1. Muss einen Vertreter des Schulbezirks einbeziehen, der Entscheidungsbefugnis im Namen des Schulbezirks hat; und
2. Darf keinen Anwalt des Schulbezirks einbeziehen, es sei denn, Sie werden von einem Anwalt begleitet.

Sie und der Schulbezirk bestimmen die relevanten Mitglieder des IEP-Teams, die an der Sitzung teilnehmen sollen.

Der Zweck der Sitzung besteht darin, dass Sie Ihre ordnungsgemäße Prozessbeschwerde und die Fakten, die die Grundlage der Beschwerde bilden, besprechen, damit der Schulbezirk die Möglichkeit hat, den Streit beizulegen.

Die Beschlussfassung ist nicht erforderlich, wenn:

1. Sie und der Schulbezirk vereinbaren schriftlich, auf die Sitzung zu verzichten; oder
2. Sie und der Schulbezirk vereinbaren, das Mediationsverfahren, wie unter der Überschrift **Mediation** beschrieben, anzuwenden.

Lösungszeitraum

Wenn der Schulbezirk die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde (während des Zeitraums für das Lösungsverfahren) zu Ihrer Zufriedenheit gelöst hat, kann die ordnungsgemäße Anhörung stattfinden.

Die 45-Kalendertage-Frist für den Erlass einer endgültigen Entscheidung beginnt mit Ablauf des 30-Kalendertage-Lösungszeitraums, mit bestimmten Ausnahmen für Anpassungen des 30-Kalendertage-Lösungszeitraums, wie unten beschrieben.

Sofern Sie und der Schulbezirk nicht beide vereinbart haben, auf das Beschlussverfahren zu verzichten oder eine Mediation in Anspruch zu nehmen, verzögert Ihr Versäumnis, an der Beschlussfassung teilzunehmen, die Fristen für

das Beschlussverfahren und die ordnungsgemäße Anhörung, bis Sie an einer Sitzung teilnehmen.

Wenn der Schulbezirk nach angemessener Anstrengung und Dokumentation dieser Bemühungen nicht in der Lage ist, Ihre Teilnahme an der Beschlussfassung zu erhalten, kann der Schulbezirk am Ende der 30-tägigen Beschlussfrist verlangen, dass ein ALJ Ihre Beschwerde über die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde abweist. Die Dokumentation solcher Bemühungen muss eine Aufzeichnung der Versuche des Schulbezirks enthalten, einen einvernehmlich vereinbarten Zeitpunkt und Ort zu vereinbaren, wie zum Beispiel:

1. Detaillierte Aufzeichnungen über getätigte oder versuchte Telefonanrufe und die Ergebnisse dieser Anrufe;
2. Kopien der an Sie gesendeten Korrespondenz und aller erhaltenen Antworten; und
3. Detaillierte Aufzeichnungen über Besuche bei Ihnen zu Hause oder am Arbeitsplatz und die Ergebnisse dieser Besuche.

Wenn der Schulbezirk die Beschlussfassung nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt der Benachrichtigung über Ihre ordnungsgemäße Prozessbeschwerde abhält oder nicht an der Beschlussfassung teilnimmt, können Sie einen ALJ bitten, anzuordnen, dass die 45-tägige Frist für die ordnungsgemäße Anhörung beginnt.

Anpassungen an die 30-Kalendertage-Lösungsfrist

Wenn Sie und der Schulbezirk schriftlich vereinbaren, auf die Beschlussfassung zu verzichten, beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die Anhörung am nächsten Tag.

Wenn Sie und der Schulbezirk sich nach Beginn der Mediation oder der Beschlussfassung und vor Ablauf der 30-Kalendertage- Lösungsfrist schriftlich darauf einigen, dass eine Einigung nicht möglich ist, beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die ordnungsgemäße Anhörung am nächsten Tag.

Wenn Sie und der Schulbezirk vereinbaren, das Mediationsverfahren zu nutzen, können beide Parteien am Ende der 30-Kalendertage-Lösungsfrist schriftlich vereinbaren, die Mediation fortzusetzen, bis eine Einigung erzielt wird. Wenn sich jedoch entweder Sie oder der Schulbezirk später aus dem Mediationsverfahren zurückziehen, beginnt die 45-Kalendertage-Frist für die ordnungsgemäße Anhörung am nächsten Tag.

Schriftliche Vergleichsvereinbarung

Wenn in der Beschlussfassung eine Streitbeilegung erzielt wird, müssen Sie und der Schulbezirk eine rechtsverbindliche Vereinbarung treffen, die:

1. Von Ihnen und einem Vertreter des Schulbezirks unterzeichnet ist, der befugt ist, den Schulbezirk zu binden; und

2. Vor einem zuständigen staatlichen Gericht (einem staatlichen Gericht, das für diese Art von Fällen zuständig ist) oder vor einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten vollstreckbar ist.

Vereinbarungsüberprüfungszeitraum

Wenn Sie und der Schulbezirk aufgrund einer Beschlussfassung eine Vereinbarung treffen, kann jede Partei (Sie oder der Schulbezirk) die Vereinbarung innerhalb von 3 Werktagen nach Unterzeichnung der Vereinbarung durch Sie und den Schulbezirk aufheben.

Anhörungen zu ordnungsgemäßen Prozessbeschwerden

Unparteiische ordnungsgemäße Anhörung

34 CFR § 300.511

Allgemein

Wann immer eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde eingereicht wird, müssen Sie oder der Schulbezirk, der in den Streit verwickelt ist, die Gelegenheit zu einem unparteiischen Anhörungsverfahren erhalten, nachdem Sie die in den Abschnitten über die **ordnungsgemäße Prozessbeschwerde** und das **Lösungsverfahren** befolgt haben.

Unparteiischer Verwaltungsrichter

Mindestens ein ALJ:

1. Darf kein Mitarbeiter des MDE oder des Schulbezirks sein, der an der Erziehung oder Betreuung des Kindes beteiligt ist. Eine Person ist jedoch nicht allein deshalb ein Mitarbeiter der Agentur, weil sie von der Agentur für ihre Tätigkeit als ALJ bezahlt wird;
2. Darf kein persönliches oder berufliches Interesse haben, das mit der Objektivität des ALJ in der Anhörung in Konflikt steht;
3. Muss sachkundig sein und die Bestimmungen der IDEA sowie die Bundes- und Landesvorschriften in Bezug auf die IDEA und die rechtlichen Auslegungen der IDEA durch Bundes- und Landesgerichte verstehen; und
4. Muss über das Wissen und die Fähigkeit verfügen, Anhörungen durchzuführen und Entscheidungen zu treffen und zu verfassen, die mit der angemessenen Standardrechtspraxis übereinstimmen.

ALJs sind staatlich eingestufte Beamte, die Anwälte sind und beim staatlichen Amt für Verwaltungsanhörungen und -vorschriften (SOAHR) beschäftigt sind. Das MDE führt (über die SOAHR) eine Liste, die eine Erklärung über die Qualifikationen der Personen enthält, die als ALJs dienen.

Gegenstand der ordnungsgemäßen Anhörung

Die Partei (Sie oder der Schulbezirk), die die ordnungsgemäße Anhörung beantragt, darf bei der Anhörung zur ordnungsgemäßen Anhörung keine Probleme ansprechen, die in der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde nicht angesprochen wurden, es sei denn, die andere Partei stimmt zu.

Zeitraumen für die Beantragung einer Anhörung

Sie oder der Schulbezirk müssen innerhalb von zwei Jahren nach dem Datum, an dem Sie oder der Schulbezirk von den in der Beschwerde behandelten Problemen wussten oder hätten wissen müssen, eine Beschwerde einreichen.

Ausnahmen vom Zeitrahmen

Der obige Zeitrahmen gilt nicht für Sie, wenn Sie keine ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde einreichen konnten, weil:

1. Der Schulbezirk ausdrücklich falsch dargestellt hat, dass er das Problem oder die Frage, die Sie in Ihrer Beschwerde ansprechen, gelöst hat; oder
2. Der Schulbezirk Ihnen Informationen vorenthalten hat, die er Ihnen gemäß Teil B oder Teil C der IDEA zur Verfügung stellen musste.

Anhörungsrechte

34 CFR § 300.512

Allgemein

Jede Partei einer ordnungsgemäßen Anhörung (einschließlich einer Anhörung zu Disziplinarverfahren) hat das Recht:

1. Von einem Anwalt und/oder Personen mit besonderen Kenntnissen oder Schulungen in Bezug auf die Probleme von Kindern mit Behinderungen begleitet und beraten zu werden;
2. Beweise vorzulegen und Zeugen zu konfrontieren, ins Kreuzverhör zu nehmen und deren Anwesenheit zu erzwingen;
3. Die Vorlage von Beweisen bei der Anhörung zu untersagen, die der Partei nicht mindestens fünf Werktage vor der Anhörung mitgeteilt wurden;
4. Ein schriftliches oder auf Wunsch elektronisches Wort-für-Wort-Protokoll der Anhörung zu erhalten; und
5. Eine schriftliche oder nach Ihrer Wahl elektronische Tatsachen- und Entscheidungsfeststellungen zu erhalten.

Zusätzliche Offenlegung von Informationen

Mindestens fünf Werktage vor einer ordnungsgemäßen Anhörung müssen Sie und der Schulbezirk einander alle bis zu diesem Datum abgeschlossenen Bewertungen und Empfehlungen auf der Grundlage der Bewertungen offenlegen, die Sie oder der Schulbezirk bei der Anhörung zu verwenden beabsichtigen.

Ein ALJ kann jede Partei, die diese Anforderung nicht erfüllt, daran hindern, die entsprechende Bewertung oder Empfehlung in der mündlichen Verhandlung ohne Zustimmung der anderen Partei vorzustellen.

Elternrechte bei Anhörungen

Ihnen muss das Recht eingeräumt werden:

1. Ihr Kind dabei zu haben;
2. Die Anhörung öffentlich zu machen und

3. das Protokoll der Anhörung, die Tatsachenfeststellungen und die Entscheidungen kostenlos zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Anhörungsentscheidungen

34 CFR § 300.513

Entscheidung des Verwaltungsgerichts

Die Entscheidung eines ALJ, ob Ihr Kind einen FAPE erhalten hat, muss auf sachlichen Gründen beruhen.

In Angelegenheiten, in denen ein Verfahrensmangel geltend gemacht wird, kann ein ALJ nur dann feststellen, dass Ihr Kind FAPE nicht erhalten hat, wenn die Verfahrensmängel:

1. Das Recht Ihres Kindes auf eine FAPE behindert haben;
2. Ihre Möglichkeit, an der Entscheidungsfindung bezüglich der Bereitstellung einer FAPE für Ihr Kind teilzunehmen, erheblich beeinträchtigt wurde; oder
3. Zu einem Entzug eines Bildungsvorteils geführt haben.

Bauklausel

Keine der oben beschriebenen Bestimmungen kann so ausgelegt werden, dass sie einen ALJ daran hindert, einen Schulbezirk anzuweisen, die Anforderungen im Abschnitt über Verfahrensgarantien der Bundesvorschriften unter Teil B des IDEA (34 CFR §§ 300.500 bis 300.536) einzuhalten.

Gesonderter Antrag auf ordnungsgemäße Anhörung

Nichts im Abschnitt Verfahrensgarantien der Bundesvorschriften unter Teil B der IDEA (34 CFR §§ 300.500 bis 300.536) kann so ausgelegt werden, dass Sie daran gehindert werden, eine separate Beschwerde zu einem Thema einzureichen, das von einer bereits eingereichten Beschwerde getrennt ist.

Feststellungen und Entscheidung an Beirat und Öffentlichkeit

Das MDE muss nach dem Löschen aller personenbezogenen Daten:

1. Die Ergebnisse und Entscheidungen in der ordnungsgemäßen Anhörung dem staatlichen Sonderpädagogischen Beratungsausschuss zur Verfügung stellen; und
2. Diese Erkenntnisse und Entscheidungen der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Einsprüche

Endgültigkeit der Entscheidung; Einspruch; unparteiische Überprüfung

34 CFR § 300.514

Finalität der Anhörungsentscheidung

Eine Entscheidung, die in einer ordnungsgemäßen Anhörung (einschließlich einer Anhörung in Bezug auf Disziplinarverfahren) getroffen wird, ist endgültig, mit der Ausnahme, dass jede an der Anhörung beteiligte Partei (Sie oder der Schulbezirk) gegen die Entscheidung Berufung einlegen kann, indem sie eine Zivilklage erhebt, wie unten beschrieben.

Zeitrahen und Zweckmäßigkeit der Anhörungen

34 CFR § 300.515

Das MDE muss sicherstellen, dass spätestens 45 Kalendertage nach Ablauf der 30-Kalendertage-Frist für Beschlussfassungen oder spätestens 45 Kalendertage nach Ablauf der angepassten Frist, wie unter der Unterüberschrift **Anpassungen der 30-Kalendertage-Abwicklungsfrist** beschrieben:

1. In der Anhörung eine endgültige Entscheidung getroffen wird; und
2. Eine Kopie der Entscheidung jeder der Parteien zugesandt wird.

Ein ALJ kann auf Antrag einer der Parteien bestimmte Zeitverlängerungen über den oben beschriebenen Zeitraum von 45 Kalendertagen hinaus gewähren.

Jede Anhörung muss zu einem Zeitpunkt und an einem Ort durchgeführt werden, der für Sie und Ihr Kind angemessen ist.

Zivilklagen, einschließlich der Frist für die Einreichung dieser Klagen

34 CFR § 300.516

Allgemein

Jede Partei (Sie oder der Schulbezirk), die mit den Feststellungen und der Entscheidung in der ordnungsgemäßen Anhörung (einschließlich einer Anhörung im Zusammenhang mit Disziplinarverfahren) nicht einverstanden ist, hat das Recht, eine Zivilklage in Bezug auf die Angelegenheit zu erheben, die Gegenstand der ordnungsgemäßen Anhörung war. Die Klage kann vor einem zuständigen staatlichen Gericht (einem staatlichen Gericht, das befugt ist, diese Art von Fall zu

verhandeln) oder vor einem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten ohne Rücksicht auf den Streitwert erhoben werden.

Zeitliche Begrenzung

Die Partei (Sie oder der Schulbezirk), die die Klage einreicht, hat 90 Kalendertage ab dem Datum der Entscheidung des ALJ, eine Zivilklage einzureichen.

Zusätzliche Verfahren

In jeder Zivilklage, das Gericht:

1. Erhält die Aufzeichnungen des Verwaltungsverfahrens;
2. Hört zusätzliche Beweise auf Ihren Antrag oder auf Antrag des Schulbezirks;
und
3. Stützt seine Entscheidung auf die Mehrheit der Beweise und gewährt den Rechtsschutz, den das Gericht für angemessen hält.

Zuständigkeit der Amtsgerichte

Die Bezirksgerichte der Vereinigten Staaten sind befugt, über Klagen nach Teil B der IDEA ohne Rücksicht auf den Streitwert zu entscheiden.

Auslegungsregel

Nichts in Teil B der IDEA schränkt die Rechte, Verfahren und Rechtsbehelfe ein, die nach der US-Verfassung, dem Americans with Disabilities Act von 1990, Titel V des Rehabilitation Act von 1973 (Abschnitt 504) oder anderen Bundesgesetzen zum Schutz der Rechte von Kindern mit Behinderungen zur Verfügung stehen, mit der Ausnahme, dass vor der Einreichung einer Zivilklage nach diesen Gesetzen, die auch nach Teil B der IDEA verfügbar ist, die oben beschriebenen ordnungsgemäßen Verfahren in dem gleichen Umfang ausgeschöpft werden müssen, wie dies erforderlich wäre, wenn die Partei die Klage nach Teil B der IDEA einreichen würde. Dies bedeutet, dass Ihnen möglicherweise Rechtsmittel nach anderen Gesetzen zur Verfügung stehen, die sich mit denen im Rahmen der IDEA überschneiden, aber im Allgemeinen müssen Sie, um Rechtsmittel nach diesen anderen Gesetzen zu erhalten, zuerst die verfügbaren administrativen Rechtsmittel im Rahmen der IDEA nutzen (d. h. die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde, die Beschlussfassung und das unparteiische Anhörungsverfahren), bevor Sie direkt vor Gericht gehen.

Anwaltshonorare

34 CFR § 300.517

Allgemein

Wenn Sie sich in einer Klage oder einem Verfahren nach Teil B der IDEA durchsetzen, kann das Gericht Ihnen nach eigenem Ermessen angemessene Anwaltskosten als Teil der Kosten zuweisen.

In jeder Klage oder jedem Verfahren, das nach Teil B der IDEA eingereicht wird, kann das Gericht nach eigenem Ermessen angemessene Anwaltsgebühren als Teil der Kosten an eine vorherrschende staatliche Bildungsbehörde oder einen Schulbezirk vergeben, die von Ihrem Anwalt zu zahlen sind, wenn der Anwalt: (a) eine Beschwerde oder einen Gerichtsfall eingereicht hat, die das Gericht für frivol, unangemessen oder unbegründet hält; oder (b) weiter prozessiert hat, nachdem der Rechtsstreit eindeutig frivol, unangemessen oder unbegründet geworden ist; oder

In jeder Klage oder jedem Verfahren, das gemäß Teil B der IDEA eingereicht wird, kann das Gericht nach eigenem Ermessen angemessene Anwaltsgebühren als Teil der Kosten an eine vorherrschende staatliche Bildungsbehörde oder einen Schulbezirk vergeben, die von Ihnen oder Ihrem Anwalt zu zahlen sind, wenn Ihr Antrag auf ein ordnungsgemäßes Verfahren oder einen späteren Gerichtsfall zu einem unangemessenen Zweck eingereicht wurde, z. B. um zu belästigen, unnötige Verzögerungen zu verursachen oder die Kosten der Klage oder des Verfahrens unnötig zu erhöhen.

Vergabe von Gebühren

Ein Gericht vergibt angemessene Anwaltskosten wie folgt:

1. Die Gebühren müssen sich nach den Sätzen richten, die in der Gemeinde gelten, in der die Klage oder Anhörung für die Art und Qualität der erbrachten Dienstleistungen entstanden ist. Bei der Berechnung der gewährten Gebühren darf kein Bonus oder Multiplikator verwendet werden.
2. Gebühren können nicht gewährt werden und damit verbundene Kosten können in keiner Klage oder keinem Verfahren gemäß Teil B der IDEA für Dienstleistungen, die nach einem schriftlichen Vergleichsangebot an Sie erbracht werden, erstattet werden, wenn:
 - a. Das Angebot wird innerhalb der in Regel 68 der Federal Rules of Civil Procedure vorgeschriebenen Frist oder, im Falle einer ordnungsgemäßen Anhörung, zu einem beliebigen Zeitpunkt mehr als 10 Kalendertage vor Beginn des Verfahrens unterbreitet;
 - b. Das Angebot wird nicht innerhalb von 10 Kalendertagen angenommen; und
 - c. Das Gericht oder der ALJ stellt fest, dass die von Ihnen schließlich erlangte Erleichterung für Sie nicht günstiger ist als das Vergleichsangebot.

Trotz dieser Einschränkungen kann Ihnen eine Vergabe von Anwaltsgebühren und damit verbundenen Kosten auferlegt werden, wenn Sie obsiegen und Sie das Vergleichsangebot im Wesentlichen abgelehnt haben.

3. Gebühren können nicht im Zusammenhang mit einer Sitzung des IEP-Teams gewährt werden, es sei denn, die Sitzung wird als Ergebnis eines Verwaltungsverfahrens oder einer gerichtlichen Klage abgehalten.
4. Gebühren können auch nicht für eine Mediation gewährt werden, wie unter der Überschrift **Mediation** beschrieben.
5. Eine Beschlussfassung, wie unter der Überschrift **Beschlussfassung** beschrieben, gilt nicht als Sitzung, die als Ergebnis einer Verwaltungsanhörung oder einer Gerichtsverhandlung einberufen wird, und gilt auch nicht als Verwaltungsanhörung oder Gerichtsverhandlung im Sinne dieser Anwaltsgebührenbestimmungen.

Das Gericht reduziert gegebenenfalls die Höhe der nach Teil B der IDEA gewährten Anwaltsgebühren, wenn das Gericht feststellt, dass:

1. Sie oder Ihr Anwalt im Laufe der Klage oder des Verfahrens die endgültige Beilegung der Streitigkeit unangemessen verzögert haben;
2. Die Höhe der ansonsten zur Vergabe berechtigten Anwaltsgebühren übersteigt den in der Gemeinde geltenden Stundensatz für ähnliche Dienstleistungen von Anwälten mit einigermaßen ähnlichen Fähigkeiten, Ruf und Erfahrung;
3. Die aufgewendete Zeit und die erbrachten Rechtsdienstleistungen waren in Anbetracht der Art der Klage oder des Verfahrens übermäßig; oder
4. Der Anwalt, der Sie vertritt, hat dem Schulbezirk nicht die entsprechenden Informationen in der Mitteilung über den Antrag auf ein ordnungsgemäßes Verfahren zur Verfügung gestellt, wie unter der Überschrift „**Beschwerde über ein ordnungsgemäßes Verfahren**“ beschrieben.

Das Gericht darf jedoch keine Gebühren ermäßigen, wenn das Gericht feststellt, dass der Staat oder der Schulbezirk die endgültige Entscheidung der Klage oder des Verfahrens unangemessen verzögert hat oder ein Verstoß gegen die Verfahrensgarantiebestimmungen des Teils B der IDEA vorliegt.

Verfahren zur Disziplinierung von Kindern mit Behinderungen

Autorität des Schulpersonals

34 CFR § 300.530

Einzelfallermittlung

Das Schulpersonal kann von Fall zu Fall die besonderen Umstände berücksichtigen, wenn es feststellt, ob ein Wechsel des Studienplatzes für ein Kind mit einer Behinderung, das gegen den Verhaltenskodex der Schule verstößt, im Einklang mit den folgenden Anforderungen in Bezug auf Disziplin angemessen ist.

Allgemein

Soweit sie solche Maßnahmen auch für Kinder ohne Behinderungen ergreifen, kann das Schulpersonal ein Kind mit einer Behinderung, das gegen einen Verhaltenskodex für Schüler verstößt, für nicht mehr als **10 aufeinanderfolgende Schultage** von seinem aktuellen Platz in ein angemessenes alternatives Bildungsumfeld, ein anderes Umfeld oder eine Suspendierung entfernen. Das Schulpersonal kann auch weitere Verweise des Kindes von nicht mehr als **10 aufeinanderfolgenden Schultagen** im selben Schuljahr für separate Vorfälle von Fehlverhalten verhängen, solange diese Verweise keinen Wechsel des Studienplatzes darstellen (siehe **Wechsel des Studienplatzes aufgrund disziplinarischer Verweise** für die Definition unten).

Sobald ein Kind mit einer Behinderung für insgesamt **10 Schultage** im selben Schuljahr von seinem aktuellen Platz entfernt wurde, muss der Schulbezirk während aller folgenden Tage der Entfernung in diesem Schuljahr Dienstleistungen in dem unten unter der Unterüberschrift **Dienstleistungen** geforderten Umfang erbringen.

Zusätzliche Befugnis

Wenn das Verhalten, das gegen den Schüler-Verhaltenskodex verstoßen hat, keine Manifestation der Behinderung des Kindes war (siehe **Bestimmung der Manifestation** unten) und der disziplinarische Wechsel des Studienplatzes **10 aufeinanderfolgende Schultage** überschreiten würde, kann das Schulpersonal die Disziplinarverfahren auf das Kind mit einer Behinderung in der gleichen Weise und für die gleiche Dauer anwenden wie auf Kinder ohne Behinderungen, mit der Ausnahme, dass die Schule Dienstleistungen für dieses Kind erbringen muss, wie unten unter **Dienstleistungen** beschrieben. Das IEP-Team des Kindes bestimmt das vorläufige alternative Bildungsumfeld für solche Dienstleistungen.

Dienstleistungen

Die Dienstleistungen, die für ein Kind mit einer Behinderung erbracht werden müssen, das aus der aktuellen Unterbringung des Kindes entfernt wurde, können in einem vorläufigen alternativen Bildungsumfeld erbracht werden.

Ein Schulbezirk ist nur verpflichtet, Dienstleistungen für ein Kind mit einer Behinderung zu erbringen, dass in diesem Schuljahr für **10 Schultage oder weniger** von seinem derzeitigen Platz entfernt wurde, wenn er Dienstleistungen für ein Kind ohne Behinderungen erbringt, das in ähnlicher Weise entfernt wurde. Michigan verlangt keine Dienstleistungen für Studierende, die nicht behindert sind und aus disziplinarischen Gründen entfernt wurden.

Ein behindertes Kind, das für **mehr als 10 Schultage** aus der aktuellen Unterbringung des Kindes entfernt wird, muss:

1. weiterhin Bildungsdienstleistungen erhalten, damit das Kind weiterhin am allgemeinen Lehrplan teilnehmen kann, wenn auch in einer anderen Umgebung, und Fortschritte bei der Erreichung der im IEP des Kindes festgelegten Ziele machen kann; **und**
2. gegebenenfalls eine funktionale Verhaltensbeurteilung (FBA) sowie verhaltensbezogene Interventionsleistungen und -änderungen erhalten, die darauf ausgelegt sind, den Verhaltensverstoß zu beheben, damit dieser nicht erneut auftritt.

Nachdem ein Kind mit einer Behinderung für **10 Schultage** im selben Schuljahr aus seinem aktuellen Platz entfernt wurde und wenn die aktuelle Entfernung für **10 aufeinanderfolgende Schultage** oder weniger erfolgt **und** wenn die Entfernung keine Änderung des Platzes ist (siehe Definition unten), bestimmt das Schulpersonal in Absprache mit mindestens einem der Lehrer des Kindes, inwieweit Dienstleistungen erforderlich sind, damit das Kind weiterhin am allgemeinbildenden Lehrplan teilnehmen kann, wenn auch in einer anderen Umgebung, und um Fortschritte bei der Erreichung der im IEP des Kindes festgelegten Ziele zu erzielen.

Handelt es sich bei der Entfernung um einen Wechsel des Studienplatzes (siehe Definition unten), bestimmt das IEP-Team des Kindes die geeigneten Dienstleistungen, damit das Kind weiterhin am allgemeinbildenden Lehrplan teilnehmen kann, wenn auch in einer anderen Umgebung, und um Fortschritte bei der Erreichung der im IEP des Kindes festgelegten Ziele zu erzielen.

Bestimmung der Manifestation

Innerhalb von **10 Schultagen** nach einer Entscheidung über die Änderung der Unterbringung eines Kindes mit einer Behinderung aufgrund eines Verstoßes gegen einen Verhaltenskodex für Schüler (mit Ausnahme eines Verweises für **10 aufeinanderfolgende Schultage** oder weniger und keinem Wechsel des

Studienplatzes) müssen der Schulbezirk, die Eltern und die relevanten Mitglieder des IEP-Teams (wie von den Eltern und dem Schulbezirk festgelegt) alle relevanten Informationen in der Akte des Schülers überprüfen, einschließlich des IEP des Kindes, aller Beobachtungen der Lehrer und aller relevanten Informationen, die von den Eltern zur Verfügung gestellt wurden, um festzustellen:

1. Wenn das fragliche Verhalten durch die Behinderung des Kindes verursacht wurde oder in einem direkten und wesentlichen Zusammenhang damit stand; oder
2. Wenn das fragliche Verhalten die direkte Folge des Versäumnisses des Schulbezirks war, das IEP des Kindes umzusetzen.

Wenn der Schulbezirk, die Eltern und relevante Mitglieder des IEP-Teams des Kindes feststellen, dass eine dieser Bedingungen erfüllt war, muss festgestellt werden, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes ist.

Wenn der Schulbezirk, die Eltern und relevante Mitglieder des IEP-Teams des Kindes feststellen, dass das fragliche Verhalten die direkte Folge des Versäumnisses des Schulbezirks war, das IEP umzusetzen, muss der Schulbezirk unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um diese Mängel zu beheben.

Feststellung, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war

Wenn der Schulbezirk, die Eltern und relevante Mitglieder des IEP-Teams feststellen, dass das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war, muss das IEP-Team entweder:

1. Eine FBA durchführen, es sei denn, der Schulbezirk hatte bereits eine FBA durchgeführt, bevor das Verhalten, das zum Wechsel des Studienplatzes führte, auftrat, und einen Verhaltensinterventionsplan (BIP) für das Kind umsetzen; oder
2. Falls bereits ein BIP entwickelt wurde, diesen überprüfen und gegebenenfalls ändern, um das Verhalten anzugehen.

Außer wie unten unter der Unterüberschrift **Besondere Umstände** beschrieben, muss der Schulbezirk das Kind an den Studienplatz zurückgeben, aus dem das Kind entfernt wurde, es sei denn, der Elternteil und der Bezirk stimmen einem Wechsel des Studienplatzes im Rahmen der Änderung der BIP zu.

Besondere Umstände

Unabhängig davon, ob das Verhalten eine Manifestation der Behinderung des Kindes war oder nicht, kann das Schulpersonal einen Schüler für bis zu 45 Schultage in eine vorläufige alternative Bildungseinrichtung (vom IEP-Team des Kindes festgelegt) verlegen, wenn das Kind:

1. Eine Waffe in die Schule mitbringt oder in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung, die unter die Zuständigkeit des MDE oder eines Schulbezirks fällt, eine Waffe besitzt;
2. Wissentlich illegale Drogen besitzt oder konsumiert oder eine kontrollierte Substanz verkauft oder zum Verkauf anregt, während es sich in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung befindet, die der Zuständigkeit des MDE oder eines Schulbezirks unterliegt; oder
3. einer anderen Person in der Schule, auf dem Schulgelände oder bei einer Schulveranstaltung, die der Zuständigkeit des MDE oder eines Schulbezirks unterliegt, schwere körperliche Schäden zugefügt hat.

Begriffsbestimmungen

Kontrollierte Substanz bedeutet ein Medikament oder eine andere Substanz, die gemäß den Anhängen I, II, III, IV oder V in Abschnitt 202(c) des Gesetzes über kontrollierte Substanzen (21 U.S.C. 812(c)) identifiziert wurde.

Illegale Droge bedeutet eine kontrollierte Substanz, umfasst jedoch nicht eine kontrollierte Substanz, die unter der Aufsicht eines lizenzierten Angehörigen der Gesundheitsberufe rechtmäßig besitzt oder konsumiert wird oder die unter einer anderen Befugnis im Rahmen dieses Gesetzes oder einer anderen Bestimmung des Bundesrechts rechtmäßig besitzt oder konsumiert wird.

Schwere Körperverletzung hat die Bedeutung des Begriffs „schwere Körperverletzung“ gemäß Absatz (3) des Unterabschnitts (h) von Abschnitt 1365 des Titels 18, United States Code. (Siehe Anhang A.)

Waffe hat die Bedeutung des Begriffs „gefährliche Waffe“ gemäß Absatz (2) des ersten Unterabschnitts (g) von Abschnitt 930 des Titels 18 des United States Code. (Siehe Anhang A.)

Benachrichtigung

An dem Tag, an dem der Schulbezirk die Entscheidung trifft, ein Kind wegen eines Verstoßes gegen einen Schüler-Verhaltenskodex von der Schule zu verweisen, muss dieser die Eltern von dieser Entscheidung in Kenntnis setzen und ihnen eine Mitteilung über die Verfahrensgarantien zukommen lassen.

Wechsel des Studienplatzes aufgrund disziplinarischer Verweise

34 CFR § 300.536

Eine Verweisung eines behinderten Kindes aus dem aktuellen Ausbildungsplatz des Kindes ist ein **Wechsel des Studienplatzes**, wenn:

1. Die Verweisung erfolgt an mehr als 10 aufeinanderfolgenden Schultagen;
oder

2. Das Kind wurde bereits mehrfach von der Schule verwiesen, weil es sich um ein Schema handelt:
 - a. Die Serie von Verweisen umfasst insgesamt mehr als 10 Schultage in einem Schuljahr;
 - b. Das Verhalten des Kindes ähnelt im Wesentlichen dem Verhalten des Kindes in früheren Vorfällen, die zu einer Reihe von Umzügen geführt haben; und
 - c. Von zusätzlichen Faktoren wie der Dauer jedes einzelnen Schulverweises, der Gesamtzeit des Schulverweises und der Nähe der Schulverweise zueinander.

Ob ein Muster von Verweisen einen Wechsel des Studienplatzes darstellt, wird von Fall zu Fall vom Schulbezirk festgelegt und unterliegt, wenn es angefochten wird, einer Überprüfung durch ein ordnungsgemäßes Verfahren und ein Gerichtsverfahren.

Festlegung der Einstellung

34 CFR § 300.531

Das IEP-Team muss die vorläufige alternative Bildungseinrichtung für Verweise, die einen **Wechsel des Studienplatzes** darstellen, sowie für Verweise unter den oben genannten Überschriften **Zusätzliche Befugnisse** und **Besondere Umstände** festlegen.

Einspruch

34 CFR § 300.532

Allgemein

Der Elternteil eines Kindes mit einer Behinderung kann eine ordnungsgemäße Beschwerde (siehe oben) einreichen, um eine ordnungsgemäße Anhörung zu beantragen, wenn er oder sie nicht einverstanden ist mit:

1. Einer Entscheidung über die Unterbringung, die im Rahmen dieser Disziplinarbestimmungen getroffen wurde; oder
2. Der oben beschriebenen Manifestationsbestimmung.

Der Schulbezirk kann eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde (siehe oben) einreichen, um eine ordnungsgemäße Anhörung zu beantragen, wenn er der Ansicht ist, dass die Aufrechterhaltung der aktuellen Unterbringung des Kindes mit erheblicher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung des Kindes oder anderer führen wird.

Befugnis eines Verwaltungsrichters

Ein ALJ, der die unter der Unterüberschrift **Unparteiischer Verwaltungsrichter** beschriebenen Anforderungen erfüllt, muss die ordnungsgemäße Anhörung durchführen und eine Entscheidung treffen. Der ALJ kann:

1. Das behinderte Kind an den Ort zurückzubringen, aus dem das Kind entfernt wurde, wenn der ALJ feststellt, dass die Entfernung einen Verstoß gegen die unter der Überschrift „**Befugnis des Schulpersonals**“ beschriebenen Anforderungen darstellt oder dass das Verhalten des Kindes eine Manifestation der Behinderung des Kindes darstellt; oder
2. Einen Wechsel des Studienplatzes des behinderten Kindes in eine geeignete vorübergehende alternative Bildungseinrichtung für höchstens 45 Schultage anordnen, wenn der ALJ feststellt, dass die Beibehaltung der aktuellen Unterbringung des Kindes mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Verletzungen des Kindes oder anderer führen würde.

Diese Anhörungsverfahren können wiederholt werden, wenn der Schulbezirk der Ansicht ist, dass die Rückkehr des Kindes zur ursprünglichen Unterbringung mit erheblicher Wahrscheinlichkeit zu einer Verletzung des Kindes oder anderer führen wird.

Immer wenn ein Elternteil oder ein Schulbezirk eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde einreicht, um eine solche Anhörung zu beantragen, muss eine Anhörung abgehalten werden, die die unter den Überschriften **Ordnungsgemäße Prozessbeschwerde, Anhörungen zu ordnungsgemäßen Prozessbeschwerden** beschriebenen Anforderungen erfüllt, mit Ausnahme der folgenden:

1. Das MDE veranlasst eine beschleunigte ordnungsgemäße Anhörung, die innerhalb von **20** Schultagen nach dem Datum, an dem die Anhörung beantragt wird, stattfinden und innerhalb von **10** Schultagen nach der Anhörung zu einer Entscheidung führen muss.
2. Sofern die Eltern und der Schulbezirk nicht schriftlich vereinbaren, auf die Sitzung zu verzichten oder eine Mediation in Anspruch zu nehmen, muss eine Beschlussfassung innerhalb von **sieben** Kalendertagen nach Erhalt der Mitteilung über die ordnungsgemäße Prozessbeschwerde stattfinden. Die Anhörung kann fortgesetzt werden, es sei denn, die Angelegenheit wurde innerhalb von **15** Kalendertagen nach Eingang der ordnungsgemäßen Prozessbeschwerde zur Zufriedenheit beider Parteien beigelegt.

Eine Entscheidung, die in einer beschleunigten ordnungsgemäßen Anhörung getroffen wird, ist endgültig, mit der Ausnahme, dass jede an der Anhörung beteiligte Partei (Sie oder der Schulbezirk) eine Zivilklage einreichen kann, wie

unter der Überschrift „Zivilklagen, einschließlich der Frist für die Einreichung dieser Klagen“ beschrieben.

Unterbringung während des Einspruchs

34 CFR § 300.533

Wenn, wie oben beschrieben, die Eltern oder der Schulbezirk eine ordnungsgemäße Prozessbeschwerde im Zusammenhang mit Disziplinarangelegenheiten eingereicht haben, muss das Kind (sofern die Eltern und das MDE oder der Schulbezirk nichts anderes vereinbaren) bis zur Entscheidung des Anhörungsbeauftragten oder bis zum Ablauf der unter der Überschrift „Befugnisse des Schulpersonals“ vorgesehenen und beschriebenen Zeitspanne des Verweises in der vorläufigen alternativen Bildungseinrichtung bleiben, je nachdem, was zuerst eintritt.

Schutz für Kinder, die noch nicht für Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen in Frage kommen

34 CFR § 300.534

Allgemein

Wenn ein Kind keinen Anspruch auf Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen hat und gegen einen Schüler-Verhaltenskodex verstößt, aber der Schulbezirk vor dem Verhalten, das zu der Disziplinarmaßnahme geführt hat, Kenntnis davon hatte (wie unten festgelegt), dass das Kind ein Kind mit einer Behinderung ist, dann kann das Kind jeden der in dieser Mitteilung beschriebenen Schutzmaßnahmen geltend machen.

Wissensgrundlage für Disziplinarangelegenheiten

Es muss davon ausgegangen werden, dass ein Schulbezirk Kenntnis davon hat, dass ein Kind ein Kind mit einer Behinderung ist, wenn vor dem Verhalten, das zu der Disziplinarmaßnahme geführt hat:

1. Der Elternteil des Kindes schriftlich seine Besorgnis darüber äußerte, dass das Kind eine Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen für Aufsichts- oder Verwaltungspersonal der zuständigen Bildungsbehörde oder einen Lehrer des Kindes benötigt;
2. Der Elternteil eine Bewertung in Bezug auf die Eignung für Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen gemäß Teil B der IDEA angefordert hat; oder
3. Der Lehrer des Kindes oder andere Mitarbeiter des Schulbezirks spezifische Bedenken hinsichtlich eines Verhaltensmusters äußerten, das das Kind direkt gegenüber dem Direktor für Sonderpädagogik des Schulbezirks oder gegenüber anderem Aufsichtspersonal des Schulbezirks an den Tag legte.

Ausnahme

Ein Schulbezirk verfügt nicht über derartige Kenntnisse, wenn:

1. Der Elternteil des Kindes eine Bewertung des Kindes nicht zugelassen oder sonderpädagogische Leistungen verweigert hat; oder
2. Das Kind wurde bewertet und festgestellt, dass es sich nicht um ein Kind mit einer Behinderung gemäß Teil B der IDEA handelt.

Bedingungen, die gelten, wenn keine Wissensgrundlage besteht

Wenn ein Schulbezirk vor dem Ergreifen von Disziplinarmaßnahmen gegen das Kind nicht weiß, dass ein Kind ein Kind mit einer Behinderung ist, wie oben unter den Unterüberschriften, **Wissensgrundlage für Disziplinarangelegenheiten** und **Ausnahme** beschrieben, kann das Kind den Disziplinarmaßnahmen unterworfen werden, die für Kinder ohne Behinderungen gelten, die ein vergleichbares Verhalten gezeigt haben.

Wenn jedoch während des Zeitraums, in dem das Kind disziplinarischen Maßnahmen ausgesetzt ist, ein Antrag auf eine Bewertung eines Kindes gestellt wird, muss die Bewertung in einer beschleunigten Weise durchgeführt werden.

Bis zum Abschluss der Bewertung verbleibt das Kind in dem von den Schulbehörden festgelegten Ausbildungsplatz, der die Aussetzung oder den Ausschluss ohne Bildungsleistungen umfassen kann.

Wird festgestellt, dass es sich bei dem Kind um ein Kind mit einer Behinderung handelt, muss der Schulbezirk unter Berücksichtigung der Informationen aus der vom Schulbezirk durchgeführten Bewertung und der von den Eltern bereitgestellten Informationen Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen gemäß Teil B der IDEA, einschließlich der oben beschriebenen disziplinarischen Anforderungen, erbringen.

Verweisung an und Maßnahmen von Strafverfolgungs- und Justizbehörden

34 CFR § 300.535

Teil B des IDEA:

1. Verbietet es einer Behörde nicht, ein von einem Kind mit einer Behinderung begangenes Verbrechen den zuständigen Behörden zu melden; oder
2. Verhindert nicht, dass staatliche Strafverfolgungs- und Justizbehörden ihre Verantwortung in Bezug auf die Anwendung von Bundes- und Landesrecht auf Straftaten eines behinderten Kindes wahrnehmen.

Übermittlung von Aufzeichnungen

Wenn ein Schulbezirk eine Straftat meldet, die von einem behinderten Kind begangen wurde, muss der Schulbezirk:

1. Sicherstellen, dass Kopien der sonderpädagogischen und disziplinarischen Unterlagen des Kindes von den Behörden, denen die Behörde die Straftat meldet, zur Prüfung übermittelt werden; und
2. Darf Kopien der sonderpädagogischen und disziplinarischen Unterlagen des Kindes nur in dem vom FERPA zulässigen Umfang übermitteln.

Voraussetzungen für die einseitige Unterbringung von Kindern in Privatschulen auf öffentliche Kosten durch Eltern

Allgemein

34 CFR § 300.148

Teil B der IDEA verlangt nicht, dass ein Schulbezirk die Kosten für die Bildung, einschließlich Sonderpädagogik und damit verbundenen Dienstleistungen, Ihres Kindes mit einer Behinderung an einer privaten Schule oder Einrichtung übernimmt, wenn der Schulbezirk Ihrem Kind einen FAPE zur Verfügung gestellt hat und Sie sich dafür entscheiden, das Kind in einer privaten Schule oder Einrichtung unterzubringen. Der Schulbezirk, in dem sich die Privatschule befindet, muss Ihr Kind jedoch in die Bevölkerung einbeziehen, deren sonderpädagogische Bedürfnisse nach den Bestimmungen von Teil B in Bezug auf Kinder behandelt werden, die von ihren Eltern in eine Privatschule gemäß 34 CFR §§ 300.131 bis 300.144 aufgenommen wurden.

Kostenerstattung für Privatschulpraktikum

Wenn Ihr Kind zuvor eine Sonderpädagogik und damit verbundene Dienstleistungen unter der Aufsicht eines Schulbezirks erhalten hat und Sie sich dafür entscheiden, Ihr Kind ohne die Zustimmung oder Überweisung des Schulbezirks in eine private Vorschule, Grundschule oder weiterführende Schule einzuschreiben, kann ein Gericht oder ein ALJ von der Agentur verlangen, Ihnen die Kosten für diese Einschreibung zu erstatten, wenn das Gericht oder der ALJ feststellt, dass die Agentur Ihrem Kind nicht rechtzeitig vor dieser Einschreibung ein FAPE zur Verfügung gestellt hat und dass die Privatplatzierung angemessen ist. Ein ALJ oder ein Gericht kann Ihre Unterbringung für angemessen halten, auch wenn die Unterbringung nicht den staatlichen Standards entspricht, die für die vom MDE und den Schulbezirken angebotene Ausbildung gelten.

Erstattungsbeschränkung

Die im obigen Absatz beschriebenen Kosten für die Erstattung können reduziert oder verweigert werden:

1. Wenn: (a) Sie bei der letzten IEP-Sitzung, an der Sie vor Ihrer Entlassung Ihres Kindes aus der öffentlichen Schule teilgenommen haben, das IEP-Team nicht darüber informiert haben, dass Sie die vom Schulbezirk vorgeschlagene Unterbringung ablehnen, um Ihrem Kind FAPE zur Verfügung zu stellen, einschließlich der Angabe Ihrer Bedenken und Ihrer Absicht, Ihr Kind auf öffentliche Kosten an einer Privatschule einzuschreiben; oder (b) Sie mindestens 10 Werktage (einschließlich aller Feiertage, die an einem

Werktag stattfinden) vor Ihrer Entlassung Ihres Kindes aus der öffentlichen Schule dem Schulbezirk diese Informationen nicht schriftlich mitgeteilt haben;

2. Wenn der Schulbezirk Sie vor Ihrer Entlassung Ihres Kindes aus der öffentlichen Schule schriftlich über seine Absicht informiert hat, Ihr Kind zu bewerten (einschließlich einer Erklärung über den Zweck der Bewertung, die angemessen und angemessen war), Sie das Kind jedoch nicht für die Bewertung zur Verfügung gestellt haben; **oder**
3. Wenn ein Gericht festgestellt hat, dass Ihre Handlungen unangemessen waren.

Die Kostenerstattung darf jedoch nicht:

1. Aufgrund der unterlassenen Benachrichtigung reduziert oder verweigert werden, wenn: (a) die Schule Sie daran gehindert hat, die Benachrichtigung zu übermitteln; (b) Sie nicht darüber informiert wurden, dass Sie die oben beschriebene Benachrichtigung übermitteln müssen; oder (c) die Einhaltung der oben genannten Anforderungen wahrscheinlich zu körperlichen Schäden für Ihr Kind führen würde; und
2. Darf nach Ermessen des Gerichts oder eines ALJ nicht wegen des Versäumnisses der Eltern, die erforderliche Mitteilung zu machen, reduziert oder verweigert werden, wenn: (a) der Elternteil nicht gebildet ist oder nicht in Englisch schreiben kann; oder (b) die Einhaltung der oben genannten Anforderungen wahrscheinlich zu einem ernsthaften emotionalen Schaden für das Kind führen würde.

Übertragung der elterlichen Rechte bei Vollendung der Volljährigkeit

34 CFR § 300.520

Wenn ein Schüler mit einer Behinderung die Volljährigkeit erreicht (18 Jahre in Michigan, wenn kein Erziehungsberechtigter vom Gericht ernannt wurde), muss die öffentliche Stelle alle nach Teil B der IDEA erforderlichen Mitteilungen sowohl an den Schüler als auch an die Eltern und alle Rechte, die dem Elternteil nach Teil B der Übertragung der IDEA auf den Schüler gewährt werden, übermitteln. Alle dem Elternteil gewährten Rechte gehen auch auf volljährige Schüler über, die in einer erwachsenen oder jugendlichen Bundes-, Landes- oder örtlichen Justizvollzugsanstalt inhaftiert sind.

Anlage A – Bundesdefinitionen

Schwere Körperverletzung

18 USC 1365(h)

3. Der Begriff „schwere Körperverletzung“ bedeutet Körperverletzung, die –
 - (A) ein erhebliches Todesrisiko;
 - (B) extremen körperlichen Schmerz;
 - (C) langwierige und offensichtliche Entstellung; oder
 - (D) langwierigen Verlust oder Beeinträchtigung der Funktion eines Körpers, eines Organs oder einer geistigen Fähigkeit beinhaltet; und
4. Der Begriff „Körperverletzung“ bedeutet –
 - (A) eine Schnittwunde, Abschürfung, Bluterguss, Verbrennung oder Entstellung;
 - (B) körperliche Schmerzen;
 - (C) Krankheit;
 - (D) Beeinträchtigung der Funktion eines Körpers, eines Organs oder einer geistigen Fähigkeit; oder
 - (E) jede andere Verletzung des Körpers, egal wie temporär.

Waffe

18 USC 930(g)

(2) Der Begriff „gefährliche Waffe“ bezeichnet eine belebte oder unbelebte Waffe, ein Gerät, ein Instrument, ein Material oder eine Substanz, die dazu verwendet wird oder leicht dazu in der Lage ist, Tod oder schwere Körperverletzungen zu verursachen, mit der Ausnahme, dass dieser Begriff kein Taschenmesser mit einer Klinge von weniger als 2 1/2 Zoll Länge umfasst.